



Vierteljähriger Abonnementkpr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserienabgabe für den Raum einer sechshüftigen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Erscheint: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 69. Morgen-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 11. Februar 1879.

## Mitbürger!

Freitag, den 21. Februar, werden wir durch unsere Abstimmung zu entscheiden haben, ob der Westbezirk unserer Stadt im Deutschen Reichstag durch

## Herrn Justizrath Freund,

den Candidaten der vereinigten liberalen Parteien, oder durch den Candidaten der Socialdemokratie vertreten werden soll.

Nur zwischen diesen beiden haben wir zu wählen: jeder Stimmzettel mit einem anderen Namen ist dem Gesetz nach ungültig.

Sein Wahlrecht auszuüben, ist nicht nur ein Recht jedes Bürgers, sondern auch eine Pflicht, welche nachzukommen wir der Stadt und dem Vaterlande schuldig sind.

Kein Bürger darf sich dieser Pflicht entzögeln, denn wer sich der Abstimmung enthält, trägt trotzdem durch das Fehlen seiner Stimme zur letzten endgültigen Entscheidung bei und auch auf ihn fällt die Verantwortung für deren Ausfall.

Erwäge daher jeder Wähler aufs Ernsteste, ob er einen Liberalen oder einen Socialdemokraten in den Reichstag senden will. Er hat keine andere Wahl.

Breslaus Bürgerschaft hat seit Jahrzehnten zur liberalen Fahne gehalten: sie wird, so hoffen wir, ihr die Treue bewahren und ihre Stimmen auf unseren Candidaten

## Herrn Justizrath Freund

vereinigen.

Eine geringe Anzahl von Stimmen kann, wie in jeder, so auch in dieser Wahl den Ausschlag geben.

Es kommt auf jede einzelne Stimme an: Jedermann thue seine Pflicht!

Breslau, 10. Februar.

Der „Neue Wahlverein“ hat in seiner gestrigen Generalversammlung mit großer Majorität beschlossen, sich bei der bevorstehenden Stichwahl der Wahl zu enthalten. Kein Wort über diesen Beschluss; er richtet sich selbst in den Augen aller patriotischen und die politische Ehre der Stadt noch achtenden Bürger. In Folge dieses unheilvollen Beschlusses sind gerade diejenigen Mitglieder, deren Namen dem „Neuen Wahlverein“ nach Außen hin noch ein gewisses Relief geben, aus dem Vorstande und aus dem Vereine selbst ausgeschieden. Die „Schles. Ztg.“, welche dem „Neuen Wahlverein“ nahe stand, hatte sich noch gestern entschieden für die Beteiligung an der Wahl ausgesprochen.

Wie Berliner Blätter melden, hegt der Kaiser den lebhaften Wunsch, den Reichstag persönlich zu eröffnen, doch sollen die Aerzte davon abgerathen haben; die Entscheidung wird wohl erst in letzter Stunde getroffen werden. Das Wahrscheinlichste bleibt, daß der Reichskanzler die Eröffnung verlesen wird.

Die vorgestrigen Debatten über den Eisenbahnetat im Abgeordnetenhaus, wird, wie man uns aus Berlin schreibt, ganz allgemein als ein Vorspiel zu dem großen Kampfe um wirtschaftliche Interessen betrachtet, der vielleicht schon Ende dieser Woche im Reichstage seinen Anfang nehmen dürfte. Vorläufig wird das Abgeordnetenhaus das angeschlagene Thema weiter verfolgen. — Daß Fürst Bismarck der Discussion des General-Berichts beiwohnen wolle, wird vielfach erzählt, aber wenig geglaubt; dagegen fand vorgestern in der Pause zwischen Tages- und Abendprüfung das Gericht viele Gläubige, der Kanzler hätte die Absicht gehabt, im Hause zu erscheinen, um auf die Angriffe der Opposition gegen ihn und den Handelsminister zu antworten. Es blieb das freilich ein leerer Gericht; außer dem Minister Maybach erschien kein anderes Mitglied der Regierung am Ministrertische.

Die Kreuztg. schreibt, in unterrichteten Kreisen gelte es als die bestimmte Absicht des Reichskanzlers, die Frage des Welfenfonds zu einer definitiven Erledigung zu bringen. Beiläufig bemerkt, ist die Vorstellung, daß die 16 Millionen Thaler des Welfenfonds ein ererbter Familienbesitz des Welfenhauses wären, eine irrite. Selbst wenn wir sämmtliche hannoverische Domänen als das rechtmäßige Eigentum der Familie des ehemaligen Königs von Hannover betrachten wollten, was keineswegs richtig ist, so wurde doch auf dem preußischen Landtag nachgewiesen, daß die ganz willkürliche bestimmt Summe von 16 Millionen Thaler mehr als das Doppelte der danach dem Herzog von Cumberland gebührenden Summe ausmachte. Der Landtag genehmigte diese großartige Schenkung nur in der Voraussetzung, daß der Verzicht auf die Regierungsröthe die Gegenleistung wäre. Freilich hat die Regierung den Fehler begangen, den „still-schweigenden Verzicht“ nicht ausdrücklich in den Vertrag aufgenommen zu haben; aber die Suspendierung des Vertrages beruht auf dem Rechtsgrunde, daß eine solche Verzichtsleistung die nothwendige Ergänzung des Vertrages sein müsse. Es handelt sich also um eine Schenkung die nur unter gewissen Bedingungen gemacht ist; wenn die Erfüllung dieser Bedingungen hartnäckig verweigert wird, kann die Schenkung zurückgenommen werden.

Die Hoffnung, daß die Ernennung des neuen österreichischen Ministeriums unmittelbar nach der Genehmigung des Berliner Vertrages durch das Herrenhaus erfolgen werde, hat sich bisher nicht erfüllt. Die Verhandlungen des Grafen Taaffe mit hervorragenden politischen Persönlichkeiten dauern fort. Gestern conferierte derselbe längere Zeit mit den Ministern Dr. v. Streymayr und Freiherrn v. Horst.

Endlich ist der definitive Friedensvertrag zwischen Russland und der Türkei abgeschlossen worden. Die Montenegriner sind in Spuz und Belibovo eingerückt. Podgoriza ist von den Türken geräumt worden und es ist mithin anzunehmen, daß sich die Übergabe des Platzes an die Montenegriner ohne weitere Störung vollzieht.

In Italien hat der Minister des Innern, wie die „Gazetta d'Italia“ meldet, ein Circular an die Präfecten gerichtet, worin ihnen eingeschärft wird, darüber zu wachen, daß die Ereignisse in Frankreich nicht zum Vorwand für antimonarchische Kundgebungen dienen. Die Präfecten dürfen sympathische Manifestationen für die französische Regierung und das französische Volk zugeben, haben jedoch alle öffentlichen Versammlungen, in welchen beleidigende Worte gegen die monarchische Regierungsform gesprochen oder derselben feindliche Beschlüsse gefasst werden, augenblicklich aufzulösen.

In Frankreich hat die Botschaft des neuen Präsidenten im Allgemeinen den besten Eindruck hervorgerufen; natürlich aber bemühen sich die reactionären Blätter die Aufnahme der Botschaft als eine durchaus ungünstige darzustellen, was jedoch, abgesehen von der Sprache der ultraradicalen Journalen, absolut unrichtig ist. Bemerkenswerth erscheinen die Ausführungen, welche die „République Française“, das Organ der einflussreichsten Parteiengruppen der Deputirtenkammer, an die Botschaft Jules Greby's knüpft. „Es würde nicht genügen“, schreibt das die Anschaungen der „Union républicaine“ widerspiegelnde Blatt, „in der den beiden Kammern durch die hervorragendsten Mitglieder des neuen Cabinets mitgetheilten Botschaft des Präsidenten der Republik die strenge und nüchterne Form, die gläubliche Bestimmtheit der Fassung, den so angemessenen und aufrichtigen Accent der Erklärungen zu rühmen, durch welche Jules

Greby die hauptsächlichen Züge seiner Amtsführung hat bezeichneten wollen. Diese so einfache und so würdige Sprache wird dem Lande zum Herzen gehen. Frankreich liebt die Klarheit und die Freimüthigkeit. In der Botschaft befindet sich nichts, was nicht vollständig klar und loyal wäre. Was aber besonders in die Augen fällt, ist die ruhige Bestimmtheit des neuen Präsidenten. Derselbe ist ein Mann, der seine Pflicht kennt und entschlossen ist, dieselbe zu erfüllen. Er ist entschlossen, sich streng innerhalb der Grenzen seiner Pflichten zu halten, und gewillt, sich keinen Übergriff bezüglich fremder Befreiungen zu gestatten, indem er die Minister regieren läßt, seine eigenen Vorrechte ausübt und dieselben niemals überschreitet.“

Die Errichtung eines besonderen Ministeriums für Post und Telegraphie muß, wie eine Pariser Correspondenz der „R. Z.“ bemerkt, mit besonderer Besiedigung aufgenommen werden, denn die Post in Frankreich befindet sich in keinem besonders glücklichen Zustande. Was Herrn Cochery's persönliche Verhältnisse anlangt, so war derselbe 1848 Cabineschef des Justizministers und trat später in den Advocatenstand, bis er 1868 in Montargis eine Zeitung gründete. Im Jahre 1869 wurde er Deputirter, gehörte am 4. September 1870 mit Greby zur Versammlung der Deputirten, die gegen das Eindringen des Volkes in den Gesetzgebenden Körper protestierten, begleitete Thiers auf seiner Reise nach Versailles, als er den Frieden zu erlangen suchte, und bekleidete im Ministerium Dufaure als Unterstaatssecretair von Leon Say die Funktionen, die jetzt für ihn zum Ministerium umgebildet wurden.

Herr Dufaure hat nicht die Absicht, in das Privatleben zurückzutreten. Wie der „Moniteur universel“ erfährt, bleibt der greise Parlamentarier nicht nur in Paris, sondern gedenkt an den Arbeiten des Senats einen sehr eifrig Antheil zu nehmen. „Ich will — hätte er halb scherzend gesagt — mir jetzt meine Diktaten als Senator verdienen.“ Herr Dufaure scheint also doch aus politischen Gründen das Ministerium verlassen zu haben.

In England drängt sich jetzt die irische Frage immer unbehaglicher in den Vordergrund. So hielt der Vicekönig von Irland, Herzog von Marlborough, bei dem Lord-Mayors-Banket in Dublin am 4. d. eine Rede, in welcher er keine sehr erquidliche Schilderung von der gegenwärtigen Lage Irlands entwarf. Die große Handelsstockung im Lande, sagte er u. A., wäre eine traurige Thatzache. Der Pauperismus greife um, sich und die Auswanderung nehme zu. Verbrechen gegen Eigentum und die Person mehrten sich in auffallender Weise, und die Trunkenheit zeige, trotz des jüngsten Gesetzes gegen den Verbrauch berausfordernden Getränke, an Sonntagen keine Abnahme. Was die agrarischen Verbrechen betreffe, so hoffte der Vicekönig, das Princip „Leben und leben lassen“ würde mit der Zeit mehr und mehr Landesgesetz werden. Ein glücklicher Umstand wäre indeß die gesunde Lage der Bankinstitute in Irland, trotz der Abnahme der Einlagen und des geschwächten Vertrauens des Publikums in die Stabilität von Banken im Allgemeinen.

In Afghanistan sind die kriegerischen Operationen der Engländer, wie es scheint, wenigstens für einige Zeit ins Stocken geraten. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Khelat-i-Ghilzai unter dem 29. Januar gemeldet:

„In Folge erhaltenen Befehle werden die Truppen nach Kandahar zurückkehren. General Biddulph's Division wird 30 Meilen im Westen von Kandahar vertheilt werden.“ Die „R. Z.“ bemerkt dazu: Die Gründe zum Aufgeben der kleinen Festung Khelat-i-Ghilzai können zweierlei Art sein: man mag der Ansicht huldigen, daß ein so weit vorgeschoener Posten wertlos sei (wie denn auch schon früher behauptet wurde), daß man in englischen Heereskreisen den Vormarsch gegen Khelat-i-Ghilzai nicht billige, dann aber mag auch eine kürzlich angekündigte Zusammenziehung aller noch verfügbaren afghanischen Streitkräfte die Engländer zur Räumung veranlaßt haben.

Eine Unterstützung der englischen Besatzung in Khelat-i-Ghilzai, etwa von Kandahar oder sonst wo her, ist schwer und keinenfalls schnell durchzuführen. Würde sich aber Jacob Khan mit den ganzen, ihm noch verbleibenden Macht auf solch einen vorgeschoenen Posten, so könnte es ihm wohl gelingen, den Engländern eine Schlappe beizubringen, deren materielle Folgen vielleicht weniger als die moralischen zu fürchten wären. Aus demselben Grunde hat man möglicherweise auch von der Besitznahme Girisch's Abstand genommen. Einstweilen wenigstens wissen wir erst, daß die Engländer vor dem Thore des Ortes angelangt waren, während von einem Einmarsch noch nichts verlautet hat.

In Italien hat der Minister des Innern, wie die „Gazetta d'Italia“ meldet, ein Circular an die Präfecten gerichtet, worin ihnen eingeschärft wird, darüber zu wachen, daß die Ereignisse in Frankreich nicht zum Vorwand für antimonarchische Kundgebungen dienen. Die Präfecten dürfen sympathische Manifestationen für die französische Regierung und das französische Volk zugeben, haben jedoch alle öffentlichen Versammlungen, in welchen beleidigende Worte gegen die monarchische Regierungsform gesprochen oder derselben feindliche Beschlüsse gefasst werden, augenblicklich aufzulösen.

In Frankreich hat die Botschaft des neuen Präsidenten im Allgemeinen den besten Eindruck hervorgerufen; natürlich aber bemühen sich die reactionären Blätter die Aufnahme der Botschaft als eine durchaus ungünstige darzustellen, was jedoch, abgesehen von der Sprache der ultraradicalen Journalen, absolut unrichtig ist. Bemerkenswerth erscheinen die Ausführungen, welche die „République Française“, das Organ der einflussreichsten Parteiengruppen der Deputirtenkammer, an die Botschaft Jules Greby's knüpft. „Es würde nicht genügen“, schreibt das die Anschaungen der „Union républicaine“ widerspiegelnde Blatt, „in der den beiden Kammern durch die hervorragendsten Mitglieder des neuen Cabinets mitgetheilten Botschaft des Präsidenten der Republik die strenge und nüchterne Form, die gläubliche Bestimmtheit der Fassung, den so angemessenen und aufrichtigen Accent der Erklärungen zu rühmen, durch welche Jules

Aus Amerika ist der „R. Pr. Ztg.“ in einer aus Newyork Ende Decbr. v. J. datirten Correspondenz eine Warnung zugegangen, der wir folgendes entnehmen:

Wie man hier wissen will, fragen zahlreiche Deutsche sich mit dem Gedanken, im nächsten Frühjahr hierher überzusiedeln, und erwarten man im nächsten Jahre eine besonders starke deutsche Einwanderung. Diesen meinen europäischen Landsleuten möchte ich einen wohlgemeinten Rat und eine ernste Warnung geben. Ein großer Theil der heisigen Preise gefällt sich neuerdings, wohl mit Absicht, in der Behauptung, daß sich die diesigen Geschäft- und Arbeitsverhältnisse wesentlich bessern und wir bald zur früheren Prosperität wieder zurückgeliefert sein werden. Das ist eitel Trug; es ist Leichtsinn, ja gerade ein Unrecht, durch solche Vorwiegungen Leute hierher ins Gleiche zu laden. Mögen auch einzelne Fabrikzweige sich wesentlicher Besserung erfreuen, im Ganzen aber leiden wir noch immer an Geschäfts- und Arbeitslosigkeit. Laien und abermals Laufen find nach wie vor ohne Verdienst, und die wirklich Arbeit haben, sind auf ein Minimum von Lohn herabgesetzt, das kaum Leib und Seele zusammenhält. Man halte sich nur ein paar Stunden in einem Geschäftszweige der Hauptstrassen Newyorks und der Nachbarstädte auf, und man wird über die Massen der Jammergestalten staunen, die Hilfe suchend vorschreien. Und dabei sind es nur zum kleinen Theile gewerbsmäßige, arbeitsame Bagabonden, die man sehr bald herauszufinden lernt, vielmehr überwiegend solche, welche gern arbeiten möchten, wenn sie nur Beschäftigung finden. Ebenso steht es mit den Bevälfungssuchenden besserer Klasse, mit Buchhaltern, Kaufmanns-Hilfsleuten u. s. w. Alle Fabrikanten, Kaufleute, überhaupt Geschäftstreibende schränken die Zahl ihrer Angestellten möglichst ein, daher das Angebot noch immer viel größer als der Bedarf ist. Man wird mir vielleicht einwenden, daß doch wenigstens Landwirthe mit etwas Capital, die sich sofort nach dem Besitzen wenden wollen, hier ihr gutes Fortkommen finden müssen. Gewiß können sie sich gegenwärtig in Wisconsin, Illinois, Missouri, Kansas wohlfühlen als früher eine Heimstätte laufen, werden auch, allerdings unter schwererer Arbeit als in der Heimat sich bald eine Existenz schaffen; aber sich zum Wohlstande herauszuarbeiten, davon kann vorläufig keine Rede sein; denn die Rohprodukte bringen an Ort und Stelle so niedrige Preise, daß diese kaum die Kosten der Production decken.

## Deutschland. O. C. Landtags-Verhandlungen.

Abendstund vom 8. Februar.

7½ Uhr. Am Ministerium Maybach und Commissarien.

In der weiteren Beratung des Eisenbahnetats, und zwar der Ausgaben, richtet Abgeordneter Lüders an die Regierung die Frage, ob sie die complicirte Organisation der Eisenbahnverwaltungen in acht Directionen beibehalten wolle.

Minister Maybach erklärt, daß im nächsten Jahre der Plan einer vereinfachten Organisation vorgelegt werden solle.

Abg. Berger glaubt, einer solchen Vorlage eine günstige Aufnahme zu finden. Redner tadeln dann das Überwiegen der juristischen Beamten gegenüber den technischen, besonders solle man die beim Bau beschäftigten Baumeister auch beim Betriebe anstellen.

Minister Maybach erklärt, daß er in Bezug auf die Parität der beiden Beamtenkategorien der Eisenbahnen von den bewährten Grundsätzen seines Amtsvorgängers nicht abweichen werde. Die Regierungsausschüsse würden nur scheinbar bevorzugt, indem ihre Ernennungen, auch wenn sie nicht etatsmäßige Stellen erhalten, publicirt würden. Für die bei den Bauten angestellten Baumeister werde, soweit dies irgend möglich, bei Gründung des Betriebes geworben werden.

Abg. Colberg beflagt, daß durch die Ostbahn, die den Kreis, aber nicht die Stadt Braunsberg berühre, der Verkehr aus der Stadt fortgezogen und hierdurch die Stadt selbst gefährdet werden sei; er bitte deshalb um Herstellung der Secundärbahn Allenstein-Braunsberg statt der Verbindung Allenstein-Koppelnbude.

Abg. Rößel (Gerdauen) empfiehlt seinerseits der Regierung, an dem ursprünglichen Project unter allen Umständen festzuhalten.

Die Budgetcommission beantragt: „Dem Landtage im künftigen Jahre eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Schienensubmissionen vorzulegen und zugleich Mittheilungen darüber zu machen, wie weit sich bei solchen und anderen Submissionsen für die Staatsseisenbahnverwaltung Coalitionen von Lieferanten zum Zwecke der Erzielung höherer Preise bemerkbar gemacht haben.“

Abg. Richter (Hagen) macht auf die erhebliche Überproduktion der deutschen Schienenwerke aufmerksam, welche dieselben nötige, etwa drei Millionen Centner mehr zu exportieren als importirt wird. Um diesen Export zu erleichtern, habe sich eine Coalition deutscher Schienefabrikanten gebildet, die bei allen Submissionsen von deutschen Eisenbahnverwaltungen die Preise um etwa ein Achtel höher halten, als die englischen Werke, während sie nach dem Auslande billiger verkaufen. Deutschland müsse also zu Gunsten des billiger laufenden Auslandes eine sehr erhebliche Last tragen. Noch habe die Regierung die Möglichkeit, durch Zulassung der englischen Konkurrenz die Preise einzermachen zu reduciren, sobald jedoch, wie beabsichtigt, der Centner Schiene mit 1 Mark Zoll belastet werde, werde diese Konkurrenz gänzlich ausgegliedert.

Abg. Rößel erinnert an die im vorigen Jahre gefasste Resolution, welche die Regierung um eine generelle Prüfung und eventuelle Reform des Submissionsverfahrens ersucht.

Geh. Rath Kapoun erwidert, daß die Regierung mit der Aufstellung allgemeiner Bestimmungen beschäftigt sei.

Abg. Berger bemerkt dem Abg. Richter, daß die Überproduktion nur durch den plötzlich gestiegenen Bedarf hervorgerufen sei, der vorzugsweise auch die Befestigung der Eisenzölle veranlaßt habe. Die Coalition habe nur den Zweck, die vorhandene Arbitration gleichmäßig an alle Unternehmer zu vertheilen, statt sie in die Hände eines Einzelnen fallen zu lassen. Die in's Ausland gelieferten billigeren Schienen seien von viel schlechterer Qualität als die für die preußischen Bahnen gelieferten. Drude man die Schienenverweise noch weiter herunter, so entziehe man dadurch gleichzeitig den Eisenbahnen erhebliche Transporte, weil zur Herstellung eines Centners Eisen 10 Centner Rohmaterialien gehören.

Abg. Richter hält es für zweckmäßiger, den Eisenbahnen dadurch zu helfen, daß man ihnen billigere Schienen liefere. Der Redner will näher auf die Eisenbahnfrage eingehen, wird aber wiederholt von dem Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die Geschäftslage ein detailloses Gehen auf diese Materie um so weniger ratslich mache, als der Reichstag dieselbe binnen kurzem ausführlich erörtern werde. Der Redner bedauert, daß eine so wichtige Frage über das Knie gebrochen werden müsse, da man den umfassenden Eisenbahn-Etat auf eine einzige Abendstunde zusammengebracht habe.

Abg. Cohn spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die von der Regierung ausgearbeiteten allgemeinen Bestimmungen über das Submissionsverfahren, so weit dieselben bereits bekannt geworden, den Wünschen der Sachverständigen vollkommen entsprechen. Die Resolution der Budgetcommission wird mit großer Majorität angenommen.

Die Budget-Commission beantragt ferner, die Regierung möge dafür Sorge tragen, daß dem Landtage mehrere Exemplare der Jahresberichte derjenigen Eisenbahn-Gesellschaften zugehen, denen der Staat auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen Bushüsse zu leisten hat, sowie derjenigen, deren Betrieb durch den Staat geführt wird.

Die Regierung erklärt sich mit dieser Resolution einverstanden, welche auch das Haus genehmigt.

Abg. Richter (Hagen) fragt, ob eine Verfügung in Betreff der literarischen Beschäftigung der Eisenbahnbeamten in neuester Zeit erlassen sei.

Minister Maybach: Ich bin nicht dagegen, daß sich die Beamten auch wissenschaftlich beschäftigen; ich wünsche nur im Allgemeinen zu wissen, worüber sie schreiben wollen, damit ihre Arbeit nicht absolut im Widerspruch mit den Absichten der Regierung steht. Die Broschüre von Schwabe über Secundärbahnen stellt eine solche Menge von Locallinien auf, daß ich mich der Aufgaben gar nicht erwehren konnte, weil man glaubte, die Broschüre enthalte meine Ausfassungen.

Abg. Richter (Hagen): Dann würde doch wohl die einfache Erklärung genügen, die Arbeit sei eine Privatarbeit; eine solche Censur, wie sie der Minister einführt, würde alle wissenschaftlichen Bestrebungen der Beamten Lahm legen.

Die Resolution wird genehmigt. Dergleichen folgende Resolutionen: Die Regierung aufzufordern: 1) In den Erläuterungen zum nächstjährigen Etat über die Verteilungen Auskunft zu geben, welche die Übernahme des Betriebes auf den Staat bei der Hinterpommerschen Eisenbahn in den Ausgaben berücksichtigt hat.

2) In Erwähnung zu nehmen, ob es nicht finanziell und wirtschaftlich richtig ist, den Schnellzugverkehr auf der Berlin-Dresdener Bahn mindestens außerhalb der eigentlichen Reiseaison einzustellen.

Als Kosten der Vorarbeiten zu neuen Eisenbahnen fordert die Regierung 150,000 M., welche das Haus trotz des Antrages der Budgetcommission, nur 100,000 M. zu bewilligen, genehmigt.

Im Extraordinarium werden für einen Rangirbahnhof bei Rummelsburg statt 600,000 M. nur 300,000 M., zum Umbau der Güterbahnhöfe in Berlin statt 470,000 M. nur 360,000 M., zur Erweiterung des Bahnhofs Hannover statt 3,000,000 nur 2,500,000 M., zur Anlage eines Centralbahnhofes in Frankfurt a. M. statt 2,500,000 nur 2,000,000 Mark bewilligt, und zu letzterem folgend Resolution angenommen: Den Plan des Centralbahnhofes in Frankfurt a. M. einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen und dabei an die größte Sparfamilie Rücksicht zu nehmen — aus dem Landtage in dieser nächsten Session den definitiven Plan vorzulegen und zugleich mitzutheilen, in welchen Perioden sie die Vollendung der Anlage beabsichtigt.

Die Kosten zu Erweiterung einer Gasanstalt auf dem Bahnhof Fulda in Höhe von 65,000 M. werden gestrichen.

Schließlich genehmigt das Haus noch folgende zu diesem Etat beantragte Resolutionen der Commission: Die Regierung aufzufordern 1) künftig die Einnahmeanträge aus dem Personenverkehr und dem Güterverkehr näher zu begründen, insbesondere durch zahlmäßige Angaben über die von neuen Strecken zu erwartenden Einnahmen und über den Einfluß von Concurrentbahnen. 2) Ueber die Rentabilität wirtschaftlich selbstständiger Staatsseisenbahnen, für welche nicht selbstständige Etatscapitel bestehen, alljährlich ausführliche, — so weit dies nicht möglich ist, schätzungsweise Mittheilungen in den Betriebsberichten, und kürzere Mittheilungen in den Motiven zu dem Etat bei Forderungen für Mehrausgaben bei solchen Strecken zu machen.

3) Bei den nächsten Etatsberathung eine Uebersicht mitzutheilen über die Zahl der angemieteten Dienstwohnungen in großen Städten, und bei Etatsforderungen für Neubauten, inwieweit in solchen beabsichtigt wird, Dienstwohnungen einzurichten.

4) Künftig bei Erwägung von Tarifänderungen für die Staatsbahnen, welche auf die Einnahmeergebnisse von Einfluß sein können, auch das Finanzministerium hinzuzuziehen.

5) Künftig bei der Rentabilitätsrechnung der Staatsbahnen in den Anlagen zum Eisenbahnnetz auch in Betracht zu ziehen: Bei dem Anlage-Capital die im Jahre vor dem Etatjahre und im Laufe des Etatjahres hinzukommenden Aufwendungen für die während des Etatjahres im Betrieb befindlichen Strecken, sowie die sämtlichen Baumzinsen — bei Berechnung des Überschusses des Etatjahres die Ausgaben der Centralverwaltung und die Ausgaben für Pensionen, dergleichen die Unterschiede zwischen den Erneuerungsfonds im Etat und dem normalen Verschleiß an Bahnanlagen und Betriebsmitteln, — endlich die Ausgaben in dem Extraordinarium, welche sich nicht als zur Vermehrung des Anlagecapitals bekräftigt darstellen.

Es folgt der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsetats, welcher in Einnahme und Ausgabe auf 711,500,758 M. festgestellt wird, und zwar auf 652,622,066 Mark an fortlaufenden und 58,878,692 M. an einmaligen Ausgaben, und der Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung der Einnahmen, in welchem die Höhe der Anleihe statt auf 73,750,000 M. auf 67,950,000 M. fixirt wird. Das Haus genehmigt

# Berlin, 9. Febr. [Der angebliche Protest Dänemarks gegen die Aufhebung des § 5 des Prager Friedens. — Zur Rückkehr Bismarck's nach Berlin. — Zollrevisions-Commission. — Die Verhandlungen mit der Curie.] Durch die Blätter gehen jetzt vielfache Nachrichten von einem entweder nur beabsichtigten oder gar schon abgesandten Protest Dänemarks gegen die Aufhebung des § 5 des Prager Friedens; soviel wir aber hören, ist bisher noch kein solcher Protest erfolgt, wenigstens hier ist noch keiner eingegangen. Man hält es aber allerding für wahrscheinlich, daß Dänemark bei den einzelnen Mächten Schritte thun dürfte — nur glaubt man nicht, daß irgend eine Macht die Sache aufgreifen und den beiden Vertragsmächten Vorstellungen machen wird. Am wenigsten nimmt man dies von Frankreich an; der Minister Waddington hat hier zur Zeit des Congresses allgemein den besten Eindruck gemacht und ein gutes Andenken zurückgelassen, besonders weil er durchaus friedliche Gesinnungen zeigte. Man hat also, wie man hier annimmt, von Frankreich her keine Gefahr zu fürchten, man glaubt, daß jeder Conflict mit Frankreich ganz ausgeschlossen ist und erkennt an, daß der Name Greve keine Revanche, Waddington den Frieden bedeutet. Man ist deshalb auch der Ansicht, daß Frankreich, wie auch die Presse, wenigstens zum Theil, sich dort gebehrdet, auf einen Protest Dänemarks gar nicht reflectiren und noch weniger Schritte thun wird. Und sollte wirklich irgend eine oder die andere Macht etwas in dieser Angelegenheit thun, so wird man dies sicher hier und in Österreich sehr früh aufnehmen und als ganz ungehörig zurückweisen, weil eben nur Österreich und Deutschland über den Art. 5 zu verfügen haben und die Abmachung der beiden Mächte niemand Andern etwas angeht. Jedenfalls aber ist es ein Zeichen der intensiven Annäherung zwischen Österreich und Deutschland, deren eng verbündete Stellung eine neue Bürgschaft für den Frieden gewährt, da keine Macht daran denken kann, dies Bündnis zu zerstören, das in seiner europäischen Mittelstellung jede Störung des Friedens zu verhüten kräftig genug ist. Die äußere politische Lage Preußens und Deutschlands ist daher jetzt eine so gesicherte, daß man in unterrichteten Kreisen nicht glaubt, daß um ihretwillen Fürst Bismarck so unerwartet nach Berlin gekommen. Nur die inneren Fragen und vorzugsweise die des Zolltarifs dürfen die Veranlassung dazu gegeben haben. Letztere liegt dem Fürsten sehr am Herzen und glaubt man, daß er die Oberleitung derselben in Händen haben will, was er in Friedrichshafen nicht so gut kann. Wie wir hören, verfolgt der Fürst die Verhandlungen mit großem Interesse, läßt sich täglich über dieselben Bericht erstatten und will stets einen genauen Einblick in die Acten haben können, um die Angelegenheit möglichst zu fördern. Lebriegen haben noch gar keine Verhandlungen über die eigentliche Materie stattgefunden, sondern nur formelle, in welchen die Referenten ihre Referate an die einzelnen Decernenten abgegeben haben. Die eigentliche Debatte und Discussion der ganzen Sache wird erst jetzt stattfinden, ob aber Fürst Bismarck persönlich an den Verhandlungen Theil nehmen wird, ist noch nicht bestimmt. Man hält es nur für wahrscheinlich; jedenfalls dürfte er sich vorher eingehend mit Herrn von Barnbüler besprechen, um denselben seine Intentionen mitzutheilen.

Von den Verhandlungen mit der Curie glaubt man hier in unterrichteten Kreisen, daß dieselben einen guten Fortgang nehmen und einen baldigen Abschluß erwarten lassen; doch hält man die Mittheilung verschiedener Blätter, daß der Kaiser kürzlich einen eigenhändigen Brief an den Papst gerichtet, für unbegründet; ebenso die andere, daß Fürst Bismarck dieser Tage einen Brief an den Cardinal Rina geschickt.

= Berlin, 9. Febr. [Budgetrathssitzung. — Landtagssitzungen. — Eine Nachsession. — Die Resolutionen der Budget-Commission und die Freiconservativen. — Die Gesetzentwürfe über Wassergenossenschaften und Landeskulturrentenbanken.] Aus der gestrigen Budgetrathssitzung wird nachträglich noch Folgendes bekannt. Die Sitzung währte gegen drei Stunden und die weitaus größte Zeit, nämlich mehr als zwei Stunden, nahm das Gesetz über die Disziplinargewalt des Reichstages in Anspruch. Fürst Bismarck führte dabei nicht nur den Vorsitz, sondern beteiligte sich auch lebhaft an den Debatten. Am entschiedensten eiferte Württemberg gegen das Gesetz und suchte auch die Commissionsfassung durch vielfache Amendements abzumildern, was jedoch nicht gelang. Schließlich wurden, wie bereits gemeldet, die Ausschuß-Anträge angenommen. Gegen das Ganze stimmten Bayern, Württemberg, Oldenburg, Neuh. L. und Bremen. In seiner jetzt festgestellten Fassung wird der Entwurf jedenfalls eine der ersten

Vorlagen des Reichstages bilden. — Vor Kurzem war der Bundesrat aufgefordert worden, sich mit der Belebung des Reichsgerichts zu beschäftigen und dem Kaiser Vorschläge für die Ernenntungen zu machen, deren Publikation möglichst vor dem 1. April erfolgen sollte. Der Justiz-Ausschuß hat nun, mit der Vorbereitung für diese Angelegenheit betraut, folgenden Antrag bei dem Bundesrat eingebracht:

Der Bundesrat wolle sich damit einverstanden erklären, daß bei der bevorstehenden ersten Belebung des Reichsgerichts entfallen sollen auf: 1) Preußen: Der Präsident, 3 Senatspräsidenten, der Ober-Rechtsamtmann; 1 Rechtsanwalt, 36 Räthe; 2) Bayern: 4 Räthe; 3) Königreich Sachsen: 4 Räthe; 4) Württemberg: 3 Räthe; 5) Baden: 2 Räthe; 6) Hessen: 2 Räthe; 7) Braunschweig: 1 Rath; 8) das Gebiet des Oberlandesgerichts Osnabrück: 1 Rath; 9) das Gebiet des Oberlandesgerichts Jena: 2 Räthe; 10) das Gebiet des Oberlandesgerichts Hamburg: 2 Räthe; 11) das Gebiet des Oberlandesgerichts Bremen: 2 Räthe. Von den Stellen der Senatspräsidenten würden, unter der Voraussetzung, daß die beiden Vice-Präsidenten des Reichs-Oberhauptes als Senats-Präsidenten an das Reichsgericht übergehen, noch zwei zu verteilen sein. Ebenso würden noch Vorschläge über zwei Rechtsanwaltsstellen zu machen sein. Der Justiz-Ausschuß behält sich seine Vorschläge, auf welche Bundesstaaten diese vier Stellen entfallen sollen, bis dahin vor, daß er zugleich die Vorschläge über die Personen wird machen können."

Es ist mit ziemlicher Gewissheit anzunehmen, daß der Landtag seine dringendsten Geschäfte ohne jede Unterbrechung fortführen und der Schluß der Session in vierzehn Tagen, also etwa am 22. d. Ms., erfolgen wird. Anderweitige Dispositionen sind ausgegeben und von einer Nachsession ist unter allen Umständen keine Rede. Die Resolutionen, welche die Budget-Commission am Schlusse ihres Generalberichts beantragt, werden von der rechten Seite des Hauses sämtlich bekämpft werden. So hat bezüglich des letzten Satzes der Resolutionen, welcher den Reichstag vor dem Landesetat aufgestellt zu sehen wünscht, der Abg. Dr. Lucius (Schlesingen) den Antrag eingereicht:

"In Erwägung, daß es den Interessen des Reiches nicht entspricht, durch Beschluss der preußischen Landesvertretung in den Gang der Reichsgesetzgebung einzugreifen, über den Antrag VI der Budget-Commission zur Gesetzesordnung überzugehen."

Die Entwürfe über die Wassergenossenschaften und die Landeskultur-Rentenbanken werden vom Herrenhaus nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen werden und also zu den positiven Resultaten dieser Session gehören.

■ Berlin, 9. Febr. [Privatunterricht oder Privatschule. — Der angebliche Landesverrath. — Petitionen zum Seeunfallgesetz. — Broschüre über „Die deutschen Gewerksvereine.“] Die Regierung zu Münster hatte einem katholischen Geistlichen ihres Bezirks, dessen Privat-Rectoratschule wegen seiner Weigerung, auf Gehalt des Kreisschulinspectors die Schüler in der Religion zu examiniren, aufgehoben worden war, verboten, den Volkschulkindern seines Ortes Nachhilfestunden zu ertheilen. Auf alle Beschwerden bis zum Minister hinauf ist eine ablehnende Antwort erfolgt. Die Regierung stützte sich nämlich darauf, daß der von dem Geistlichen ertheilte sogenannte Privatunterricht in Wirklichkeit keinen anderen Namen als den einer Privatschule verdiente und deshalb ihre Gründung von obrigkeitlicher Erlaubnis abhängig gewesen sei. Dafür spreche, daß der Unterricht in einem eigens gemieteten Locale, regelmäßig und planmäßig, zu festgesetzten Stunden, und zwar 15 bis 20 Kindern gegeben wurde. Das Alles mache eine Schule aus. Es sei früher bereits in einem besonderen Falle entschieden worden, daß man derartige Anstalten, wenn sie über acht Schüler unterrichteten, als Schulen anzusehen habe. Die Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses, an welche sich der von dem Verbot betroffene Geistliche petitionirend gewandt hat, vermochte in ihrer Mehrheit in der gegebenen Schilderung die unterscheidenden Merkmale einer Schule nicht zu erkennen, glaubte vielmehr, die nicht an Kinder nach ihrer Schulzeit, wie in der Rectoratschule, sondern an Zöglinge der Volkschule ertheilten Nachhilfestunden als unter die Kategorie von Privatunterricht fallend betrachten zu müssen. Der gemeinschaftlichen Unterricht von mehr als acht Kindern ohne Weiteres „Schule“ zu nennen, möchte etwas willkürlich erscheinen. Wenn die Eltern von 15—20 Schulkindern Nachhilfestunden eintreten wollten und keiner dieser Dorfbewohner ein hinreichend großes Zimmer hergeben könnte, so mußte eines gemietet werden. Dadurch unterscheidet sich aber der Nachhilfsunterricht kaum von irgend einem, den sonstwo 2 oder 3 Familien sich für ihre die Schule besuchenden Kinder zu beschaffen pflegten. Die Commission hat denn auch mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität (gegen zwei Stimmen) beschlossen, beim Plenum des Abgeordnetenhauses zu beantragen, es möge die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung überweisen. Durch diesen Vortrag wird die häufig gehörte Beschuldigung widerlegt, daß die Unter-

## Stadt-Theater.

(„Die Stumme von Portici.“)

Auber's effectivollste und populärste Oper ging gestern nach mehrjähriger Pause im Stadttheater wieder in Scene und that insofern ihre Schuldigkeit, als sie der Direction ein dichtgefülltes Hauses verschaffte. Die Vorstellung selbst aber stand nicht auf dem Niveau dessen, was uns bisher auf dem Gebiet der Oper im Stadttheater geboten wurde, sie trug vielfach den Stempel der Flüchtigkeit an sich, und man glaubte sich stellenweise mehr in eine Generalprobe als in eine erste Aufführung versetzt. In den allerdings schwierigen Chören ging es mitunter recht bunt zu, nur der Schluschor des dritten Acts („Heiliger Schutzpatron“) machte eine rühmliche Ausnahme, — die allgemein herrschende Unsicherheit schien sich selbst auf die Regie übertragen zu haben.

Den Masaniello sang Herr Hajos, wie uns versichert wird, zum ersten Mal. Es mag dies die Ungleichmäßigkeit seiner Leistung erklären. Zu Beginn sichtbar besangen, gelang es dem Künstler nicht, sein Organ völlig zu entfalten, er hastete ängstlich an dem Tastenstock des Capellmeisters; vom vierten Act ab aber gewann Herr Hajos in Spiel und Gesang an Freiheit, besonders gelang ihm der Vortrag des Schlusses des vierten Actes („D' friedlich stills Dach“), sowie die Wahnsinnscene. Geschmacvoll wie immer sang Fr. Lehmann die Elvira, doch merkte man dem Organ der Künstler die übermäßigen Anstrengungen, welchen sie sich unterzieht, einigermaßen an. Herr Schüller hatte als Alphonso keinen glücklichen Abend, und Herr Nieger durfte die Partie des Pietro nur „der Noth gehorchn, nicht dem eigenen Triebe“ übernommen haben. — Die Rolle der Fenella, welche nach der üblichen Gepflogenheit gewöhnlich der prima ballerina zugetheilt wird, wurde diesmal von Frau v. Moser-Sperner gegeben. Dieselbe bot statt der herkömmlichen zierlichen Posen und Attituden ein ergreifendes, charakteristisches Bild und ernste für ihre vorzügliche Leistung wohlverdienten Beifall.

Bezüglich der Ausstattung der Oper enthalten wir uns angesichts der momentanen Verhältnisse jeder Kritik.

Concert des Wöhldt'schen Männergesang-Vereins.

Das diesjährige Concert des „Wöhldt'schen Männergesang-Vereins“ brachte statt der gewohnten Liedertafel-Vorträge eine will-

komme Gabe durch die Aufführung der Musik Mendelssohns zur „Antigone“ von Sophokles. Bekanntlich hat Mendelssohn diese Composition auf Wunsch König Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1841 verfaßt; das Werk gelangte am 28. October 1841 im Königl. Theater des neuen Palais in Potsdam zur ersten Aufführung. Ob dem Meister seine Aufgabe gelungen ist, die Musik zur Antigone dem griechischen Geiste anzupassen, ist eine Streitsfrage, welche zu zahlreichen Erörterungen Veranlassung gab; der gründlichste Kenner griechischen Alterthums, Böck, stellte sich entschieden auf Mendelssohns Seite und bezeichnete seine Musik im Allgemeinen als „ganz über-einstimmend mit seiner Anschauung von griechischem Wesen und Leben und von der Musique des Sophokles“. Selbstverständlich hat sich Mendelssohn nicht darauf beschränkt, die musikalische Begleitung in die engen Grenzen zu bannen, welche derselbe nach der Auffassung der Forscher in Griechenland gesteckt waren, er sah vielmehr seine Aufgabe mit Recht darin, die von den Griechen erstrebte Wirkung mit den reicheren Mitteln moderner Musik zu erreichen, und dies ist ihm in solchem Maße gelungen, daß Böck sagen konnte, bei Mendelssohn's Musik „können sich jedes antiquarische Gewissen beschwichtigen“. — Läßt man aber alle antiquarischen Skrupel bei Seite und beurtheilt man die Musik als solche, so findet man in derselben eine wahre Fülle des Schönen und Erhabenden. Wie kraftvoll beginnt gleich der erste Chor: „Strahl des Helios“, Welch' süße Annuth atmet in dem zweiten Chore: „Vieles Gewalt'ge lebt!“ Eine Perle der Composition ist der prächtige Bacchuschor „Wielnamiger, wonniger Zier der Kadmosjungfrau“, wobei wir es uns wenig ansehen lassen, daß die orchestrale Begleitung vielleicht mehr moderner als griechischer Auffassung entspricht. Die Aufführung des Werkes durch den Wöhldt'schen Männer-Gesangverein unter der Leitung seines bewährten Dirigenten, Herrn S. Lehner, war eine durchaus würdige. Der Verein verfügt über eine große Anzahl stimmbegabter und wohlgeschulter Sänger, welche die prächtigen Chöre mit Schwung und Präzision zu Gehör brachten. Ein weitaus Verdienst um den Erfolg des Abends erwarb sich der Declamator, welcher das einleitende Gedicht wie den verbindlichen Text mit musterhafter Klarheit und eindringlichem Verständniß sprach.

## Die Tochter des Halloren.\*)

Eine Wander-Novelle von Arnold Wellmer.

(Fortsetzung.)

Reinholt fuhr in seiner Geschichte fort:

„Der alte schüttelte mit vertraulich die Hand und sagte gutmütig, fast heiter: „So, Camerad, nun wollen wir zu meinem Kinde hinuntergehen, es wird sich schon sein Köpfchen kreuz und quer zerbrochen haben, was wir beide hier oben so lange verhandeln!“

„Wie mir das Herz klopft, als wir die Treppe hinuntersteigen!“ Der alte machte die Thür des Parterrestübchens sacht auf — ich hätte laut aufzuhören mögen: — da auf dem Tritt am Fenster saß sie, den Kopf auf die Hand gestützt, und schaute durch die Weinranken hinaus. Sie war in Gedanken versunken und hatte uns nicht kommen hören. Eine kleine Stickerei lag unbeachtet in ihrem Schoß.

„Settel!“ sagte der alte Hallore.

Da schraf sie vom Stuhl auf und erglühte purpurrot — wie der, auf den sie am Fenster gewartet hatte, um ihn aus der Haustür treten zu sehen, jetzt plötzlich vor ihr stand.

Der alte hatte recht: es war ein schmuckes, junges Hühnchen, schlank und zierlich. Lieblich nickte das glühende Köpfchen auf dem feinen Halse, um die Lippen blühte ein glückliches Lächeln — und doch alles so unbewußt! Fragend schaute mich die schwimmenden, tiefblauen Augen an — aber nicht fremd, nein, wie einen alten, lieben Bekannten. Eine vogelhaft schüchterne Zutraulichkeit lag auf der ganzen röhrend kindlichen Gestalt, wie sienickend und glühend, fragend und lächelnd in dem vollen Lichte der Abendsonne auf dem Tritt in der Fensternische vor mir stand. Über ihrem Kopfe hing ein kleines grünes Vogelbauer zwischen den weißen Gardinen fest niedrig. Drinnen saß auf der Stange ein zwitscherndes Rothkehlchen — das wendete auch sein Köpfchen so zierlich hin und her und nickte und schaute mich mit den blanken Augen so neugierig an.

richtscommission an die von ultramontaner Seite erhobenen Beschwerden mit einem gewissen Vorurtheil herantrete. — Wie wir hören, hat die ehren-gerichtliche Untersuchung, welche der wegen angeblich landesverrätherischer Handlungen den ehemaligen Offizier (ein Hannoveraner in sächsischen Diensten) selbst gegen sich beantragt hat, auch nicht den mindesten Anhaltepunkt für so schwere Beschuldigungen ergeben. Das ganze Gerücht wird darauf zurückzuführen sein, daß der Betreffende viel in diplomatischen Kreisen verkehrt und vielleicht, wie einzelne andere Offiziere der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, eine Preußen nicht ganz sympathische Haltung beobachtet hat. Nebenwegen ist der sächsische Kriegsminister wegen der Angelegenheit nicht in Berlin gewesen, sondern hat an dem Tage, wo die Blätter seine Ankunft in Berlin meldeten, an dem Empfange des österreichischen Kronprinzen in Dresden teilgenommen. — Von mehreren Seehandelsplätzen gelangten Petitionen an den Reichstag, in welchen um Abänderung resp. Ergänzung gewisser Bestimmungen des Gesetzes über die Untersuchung von See-unfällen gebeten wird. Dieselben verlangen: 1) Beim Oberseeamt sowohl als beim Seeamt soll die Mehrheit der Besitzer aus Personen bestehen, die Besitzung als Seeschiffer besitzen. 2) Lehrling der in England bestehenden Einrichtung soll den Seeämtern die Befugnis zur Entziehung der Gewerbeberechtigung für Schiffer und Steuermann auf Zeit übertragen, hingegen dem Reichskanzler diese Befugnis entzogen werden. 3) Den Schiffen und Steuermannern, so wie den Reichs-Commissarien soll die Berechtigung zustehen, nicht nur gegen die Gewerbeentziehung, sondern auch gegen die Verhängung eines Tadels Berufung resp. Nichtigkeitsbeschwerde einzulegen. In neuerer Zeit und zumal seit Erlass des Socialistengesetzes hat sich die öffentliche Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße den deutschen Gewerkvereinen zugewandt, als diejenige Arbeiter-Organisation, welche im entschiedensten Gegensatz zur Socialdemokratie, auf gesetzlichem Wege auf dem Boden des Staats und der Gesellschaft stehend, positive Reformen behufs Besserung der Arbeiterverhältnisse erstrebt. Dieser Tendenz haben es auch die Gewerkvereine zu verdanken, daß sie der Minister des Innern in einem Circularerlaß dem Schutz der Behörden empfohlen hat. Wir empfehlen unsererseits eine so eben erschienene Broschüre von Hugo Polke „Die deutschen Gewerkvereine“ als eine sachliche wie belehrende Darstellung der Zwecke und Ziele der deutschen Gewerkvereine. Ihren wesenlichsten Programm punkten (Regelung der Arbeitsbedingungen, Einigungsämter, Unterstützung der Mitglieder in allen Notfällen, Förderung der gewerblichen Bildung etc.) sind besondere Capitel gewidmet. Dabei werden die bisherigen Erfolge der Gewerkvereine und die Leistungen derselben auf dem Hilfskassengebiete zahlmäßig vorgeführt.

△ Berlin, 9. Febr. [Die Debatte über den Eisenbahngesetz.] Die gestrige Hauptratung des Abgeordnetenhauses gestaltete sich beim Eisenbahn-Gesetz zu einer ebenso interessanten, als für den Herrn Eisenbahnminister Maybach ungewöhnlichen Verhandlung, so daß letzterer gewiß heilsam war, als die Fortsetzung dieser Gesetzberatung in eine Abendsitzung verlegt wurde, wo die Knappheit der Zeit die Absichten fortschrittlicher Abgeordneten, noch andere ebenso unterhaltende Dinge zur Sprache zu bringen zum größten Theile vereitelte. Mit Spannung sah das Haus, wie zu Beginn sogar eine Verlosung der Redner stattfand. Rednerliste war, gegen: Richter, Rickert, Birchow; für: Dr. Nasse, Dr. Lucius. Richters Anfrage, wie Herr Maybach zu dem Reichskanzlers Eisenbahn tarifbrief von Friedrichsruh siehe und Maybachs ausweichende Antwort, deren seine Unterscheidung zwischen dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten von der Linken mit hellem Lachen begrüßt wurde, spannten die Erwartungen auf das Redeturnier noch höher. Aber Dr. Nasse und Dr. Lucius verzögerten, Rickert trat an Richter das Wort ab und so blieb es bei den Reden der Abg. Richter und Birchow, von denen ersterer Inhalt und Form jenes Reichskanzlerbriefes mit unbarmherziger Schärfe verurtheilte, während der letztere in einer jener glänzenden Improvisationen hohen Styls das Verderbliche der Methode in der Behandlung unserer öffentlichen Angelegenheiten darlegte und an die Mannhaftigkeit der Personen, der preußischen Minister sowohl als der preußischen Abgeordneten aller Parteien mit ernsten Worten appellirte. Bezeichnend für unsere ganzen Zustände ist es, daß diese von liberaler Seite mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Reden, abgesehen von den paar kurzen ablehnenden Bemerkungen Maybachs, weder von den reichsbesetzten Ministerplänen, noch von den Abgeordneten der anderen Fractionen ein Wort der Erwiderung hervorriefen, worauf augenscheinlich alle Anwesenden, einschließlich der außergewöhnlich zahlreichen Zuhörer begierig warteten. Viele Augen hielten sich auf die Thür hinter dem Ministerisch in der stillen Hoffnung, der Reichskanzler möge in eigener Person eintreten und die Vertheidigung seiner Friedrichsruher Briefe übernehmen. Scharfe Beobachter wollten

Da sprang sie behende von ihrem hohen Tritt nieder und reichte mir die Hand und sagte mit kindlicher Unbefangenheit: „Willkommen bei uns, Herr Student, — wie mich das freut, daß Sie bei uns wohnen wollen! Solch' ein Herr Studio hat dem Vater schon lange gefehlt, um ihn wieder so fröhlich — oder doch beinahe so fröhlich zu machen, wie früher. Sein Herz hat immer an den Studenten gehangen — und auch Ihnen soll es bei uns schon gefallen — und wenn der Herr Student recht lieb und freundlich gegen den Vater ist und ihn so fröhlich macht, wie in den alten Zeiten, dann sticke ich ihm auch eine schöne, bunte Studentenmitte — so sauber, wie sie kein anderer Student in Halle hat, denn die kaufen ihre Cerevis vom Mühennacker und bei denen wird es mit der Stickelei nicht so genau genommen!“

So plauderte das holde Kind fröhlich weiter — im überquellenden Glück der jungen unbewußten Liebe. Ich stand fast verlegen stumm dabei und konnte nur das Nothdürftigste antworten. Mir brannte das Herz, mir glühte das Hirn. Ich liebte das schöne Mädchen — aber es war eine selbstsüchtige Liebe — eine bewußte Liebe.

Der alte begleitete mich bis an das Gartenpörtchen. Dort legte er mir seine Hand schwer auf die Schulter und sah mir fest ins Auge und sagte fast drohend: „So, Camerad, nun hast Du mein einzige Kind gesehen . . . daß Du es in Ehren hältst, als wär's eine geborene Prinzessin . . . oder bei Gott! diese Hand lernt noch etwas anderes führen, als die Salzhaußel und die Schwimmleine!“ Dann wandte er sich kurz ab. Die widerstreitendsten Gefühle durchstritten meine Brust, als ich nach der Stadt zurückging, um meinen Koffer herauszubringen zu lassen.

So zog ich in das Hallorenhäuschen draußen an der Saale . . . und als kaum das Fenster mit großen, lichtgrünen Weinblättern überschattet war, stand der wortbrüchige Bube in dem gründämmigen Wohnstübchen und hielt des Halloren Tochter im Arm und küßte sie zum ersten Mal!

Wie das so schnell gekommen? Ich war mit den besten Vorsätzen ins Haus gezogen, gegen den alten Halloren ehrlich zu handeln und seinem Kinde fern zu bleiben. Absichtlich ging ich dem schönen Mädchen aus dem Wege. Wenn ich Settel auf dem Flur und auf der Treppe oder auch im Garten begegnete und mit einem scheuen, kurzen Gruß hastig an ihr vorüberging, sah sie mir wohl verwundert,

auf den Gesichtern des Exministers Abg. Achenbach und der zahlreich hinter dem Ministerisch posirten Ministerialräthe den Ausdruck höchster Beweidigung lesen. — Nach einer kurzen gleichgültigeren Debatte bei den hannoverschen Bahnen nahm der Abg. Birchow bei den nassauischen Bahnen das Wort, um den Eisenbahnminister wegen des Ausschlusses der „Frankfurter Zeitung“ von den Bahnhöfen der Staatsbahnlinien anzuzappen. Bei dieser ebenfalls sehr lebhaften Debatte gesellten sich den fortschrittlichen Angreifern Birchow, Hänel, Richter noch der Abg. für Frankfurt Dr. Lasker und die clericalen Parteiführer Windhorst (Meppe) und Schorlemer-Alst zu. Der Eisenbahnminister versuchte auch hier, jede Vertretung der Sache von sich abzuweisen. Diesmal fand sich wenigstens ein Vertheidiger der Regierungsmäßregel; in dessen dieser — der deutsche Gesandte am weimarschen Hofe, Graf Limburg-Stirum, trat so ungeschickt auf, daß er von den nachfolgenden Rednern schlimm abgeführt wurde. Der Minister Maybach ließ sich zuletzt zum Versprechen nochmaliger Untersuchung der Sache herbei. Auf des Abg. Lasker's Abmahnung unterließ die Fortschrittspartei die Stellung eines Antrages, denselben zur morgenden dritten Berathung des Staats vorbehaltend. Pikanter Weise wurde in dieser Discussion als Beweis für die Möglichkeit eines gleichen Verbots selbst einer conservativen Zeitung auf die „Kreuzzeitung“ verwiesen, gegen deren Verbreitung sich Bismarck im Reichstage im Februar 1875 mit den stärksten Ausdrücken ausgesprochen hatte und zwar wegen des berüchtigten Artikel „Die Aera Bleichröder-Delbrück-Camphausen und die deutsche Wirtschaftspolitik“, deren Verfasser kein anderer war, als der Generalsekretär des Congresses deutscher Landwirthe, Dr. Friedrich Perrot, derselbe Agrarier Perrot, der von Richter kurz zuvor in der Tarifbrief-Discussion als der eigentliche Vater der von dem Reichskanzler jetzt vertretenen Tarifreform-Ideen bezeichnet worden war. — Das in Abgeordnetenkreisen gestern verbreitete Gerücht, daß es in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums sehr heftig hergehängt sei, steht auf vielfache Zweifel.

[Die nationalliberale Fraktion des Reichstages] wird Mittwoch, den 12., unmittelbar nach der Plenarsitzung zu einer Fraktionssitzung zusammengetreten.

[Deutsches Consularwesen.] Wie alljährlich zu Anfang des Jahres so ist auch jetzt wieder vom Auswärtigen Amte ein neues Verzeichniß der kaiserlich deutschen Consulate herausgegeben worden. Das neue Verzeichniß weist im Vergleich zu dem vorjährigen einen großen Wechsel in den Personen und nicht minder mannigfache Modificationen nach, welche durch die wechselnden Bedürfnisse des Verkehrs herbeigeführt sind. Diesem Wechsel zu folgen ist das Consulatswesen wesentlich verändert, und jemehr hierauf Rücksicht genommen wird, um so wirkamer wird das Institut im Stande sein, die ihm obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Nach diesem neuen Verzeichniß haben die Wahlconsulate jetzt die Zahl von 488 erreicht, darunter 7 Generalconsulate, 296 Consulate und 185 Viceconsulate; dazu kommen 86 Consularagenten und 2 Secretarstellen. Besoldete Consulatsposten bestehen im Ganzen 64, nämlich 15 Generalconsulate, 36 Consulate und 13 Viceconsulate, mit zusammen 59 Kanzlern, Secretären und Unterbeamten. Unter den neu errichteten besoldeten Consulaten ist besonders Cincinnati zu erwähnen. Der Consul in Cincinnati tritt den beiden Consuln in Chicago und St. Louis als dritter Vertreter deutscher Interessen im Binnenlande der Vereinigten Staaten zur Seite und sein Amtsgebiet umfaßt die wirtschaftlich zusammenhängenden Staaten Ohio, Kentucky, Indiana und West-Virginia, die bisher den Bezirken des General-Consulates in New York und der Consulate in Chicago und Baltimore angehört haben. Für Rumänien und Serbien ist an Stelle der bisherigen consularischen Posten eine diplomatische Vertretung in Aussicht genommen.

[Der Berliner Magistrat] hat beschlossen, dem Ehrenbürger der Stadt Berlin, Feldmarschall Grafen Moltke, eine Glückwünsch-Adresse zu seinem sechzigjährigen Dienstjubiläum am 8. März d. J. zu übersenden.

[Beschlagnahme.] Nach der „D. Mtg.-Btg.“ soll am Freitag ein von außerhalb in Berlin angelommenes Padet socialistischer Schriften sehr aufreizenden Inhalts mit Beschlag belegt worden sein. Das Padet enthält auch eine längere Liste von Personen, denen die Schriften übermittelt werden sollten. Die Person, die das Padet in Empfang nehmen wollte, wurde festgestellt.

Hadersleben, 9. Febr. [Sieben Fuß Erde.] Die „Voss. Btg.“ erfährt, daß aus Anlaß des zwischen Deutschland und Österreich abgeschlossenen Vertrages, betreffend die Aufhebung des Art. 5 des Prager Friedens, der deutsche Landwehrverein für das nördliche Schleswig in Hadersleben, unterzeichnet Ohlsen, Stengetgaard, Johannsen, Jürgenlust, folgendes Telegramm an den Generalfeldmarschall von Manteuffel gefandt hat: „Die Deutschgesinnten im Kreise Hadersleben danken Euer Excellenz für die „Sieben Fuß Erde!“. Hierauf hat Generalfeldmarschall v. Manteuffel folgende telegraphische Antwort erthalten: „Meine warmen Glückwünsche. Ich kannte das deutsche Herz meines Königs und konnte für die Behauptung der Königsau fühn mein Leben verbüraen. Aber daß Sie bei so boden-

ja traurig nach. Sie ahnte nicht, wie schwer es mir wurde, den Frostigen zu spielen. Schon stand mein Herz in heißen Flammen . . . und der Fuchs regte sich immer mehr in mir.

Kurz vor Pfingsten kam ich eines Nachmittages aus dem Colleg nach Hause. Settel hatte mich durch die Weinblätter gesehen und machte die Stubenhür auf und sagte freundlich: „Es ist ein Brief für Sie angekommen — von Hause!“ Ich trat an die Thür — im Zimmer war ich nur einige Mal gewesen, wenn der Alte zugegen — nahm den Brief in Empfang und wollte mit einem kurzen Danke weiter gehen . . . da weinte es leise hinter mir auf . . .

Im nächsten Augenblick war ich im Stübchen und schloß das weinende Mädchen in meine Arme . . . ich hatte den alten Halloren — ich hatte mein Wort — ja die ganze Welt um mich vergessen . . .

„Lisa — mein süßes, süßes Leben!“

„Also bist Du dem armen Settel doch ein klein wenig gut? Ich hab' Dich schon seit dem Augenblick, wo ich Dich mit dem Vater zuerst am Gartenzaun stehen sah, so lieb gehabt, wie noch keinen anderen Menschen. Aber es war mir alles so dümmig, als ob ich träume — fühlte mich traurig. Ich dachte nur immer: o, wenn Du doch unser Stübchen miethen möchtest, dann könnte ich Dich doch alle Tage sehen! Weiter wünschte ich damals noch nichts — aber als Du nachher so kalt und fremd gegen mich thatest, da habe ich oft heimlich geweint und gedacht, ich möchte wohl tott sein und begraben neben der seligen Mutter, dann würde mir das Herz doch nicht so sehr, sehr weh thun. Und als Du vorhin wieder so kalt fortgehen wolltest, da konnte ich das Weinen nicht länger zurückhalten — das Herz wäre mir sonst gesprungen . . . und nun hast Du mich am Ende doch lieb . . .“

„Lisa, eben weil ich Dich über Alles liebe, durfte ich Dir nicht nahe treten . . . Dich nicht unglücklich machen durch meine Liebe!“

Da sah sie mich mit großen Kinderaugen fragend an — dann schüttelte sie leise das Köpfchen: „Wie hätte ich da aber erfahren, daß Du das arme Settel lieb hast? — das macht mich gerade so glücklich . . . und Du sagst, Du wolltest mich nicht unglücklich machen? Das verstehe ich nicht!“

„Du liebes, herziges Kind, mögest Du es nie verstehen lernen!“

Glückslich-vertraulich schmiegte sie sich nur noch inniger in meine Arme und lehnte den Kopf gegen meine Brust. So blieb sie lange stumm, nur ihre Lippen bewegten sich leise. Plötzlich nahm sie meinen

längerer Entscheidung an unser gemeinsames Kampfen in längst vergangener Zeit gedacht, hat mir wohlgethan und dafür danke ich herzlich.“

Braunschweig, 8. Febr. [Zur Regierungsfrau] wird gemeldet, daß der hierortige preußische Gesandte, Prinz zu Isenburg, eine längere Unterredung mit dem Herzoge gehabt und auch mit den leitenden Ministern verschiedenartig konferirt habe. Man glaubt, daß es sich um die Regierungsfrau handelt, welche gegenwärtig das ganze Landchen in Bewegung erhält. Was bei dem vom Ministerium vorgelegten Gesetzentwurf am meisten interessirt, ist die Frage, ob Das, was man zwischen den Zeilen liest, nämlich daß dem Herzoge von Cumberland der Thron offen gehalten wird — auch wohl richtig ist. Diese Frage wird aber wohl kaum im Landtag vom Ministerium aus beantwortet werden, da ja über die Thronfolge nicht verhandelt worden ist und nicht verhandelt werden soll. Wenn man nun annimmt, daß die heutige Regierung in dieser Frage noch auf dem Standpunkte der Regierung von 1874 steht, so ist es nicht ohne Interesse, einen Blick in den damals in derselben Angelegenheit erstatteten Commissionsbericht zu werfen. Derselbe sagt, daß in einem Punkte die Ansichten der Regierung von denen der Commission abweichen seien. Die Regierung habe nämlich mit Beziehung auf § 14 der Landschafts-Ordnung von 1832 „die unmittelbare Nachfolge der jüngeren Linie des fürristlichen Gesamthauses im Falle der Thronerledigung für unzweckhaft erklärt“, wogegen die Commission den Nachkommen des Herzogs Karl und dem Könige von Preußen vorgehende Ansprüche zuprägt.

## Ö ster r e i ch.

\* \* Wien, 9. Febr. [Dr. Schweizer verhaftet.] Grobes Aufsehen erregte gestern hier die Verhaftung des Dr. Schweizer, kaiserlichen Rates, eines aus Neisse gebürtigen Herrn, dessen Bruder in Berlin den finanzellen Thell der „Nationalzeitung“ redigierte. Er selber war anderthalb Decennien lang Chef der „Wiener Zeitung“; seitdem er unter Belcredi pensioniert ward, gab er eine, im Grunde nur für die hiesigen Blätter berechnete Lithographie heraus — die „Österreichische Correspondenz“, die in ihrem Rayon einen höchst interessanten Charakter hatte. Sie hielt sich jedoch in der Regel von aller Politik ganz fern und befaßte sich nur mit Nachrichten vom Hofe, von der kaiserlichen Familie, mit Personalien hoher Reichswürdenträger, mit Notizen über die kaiserlichen Theater und Hoffchauspieler, sowie über interessante Gemeinde-Angelegenheiten, wenn dieselben, häufig genug, in irgend welchen Beziehungen zu den obersten Hofchargen standen, mit denen Schweizer von früher her in Verbindung geblieben war. Sorgen für seine zahlreichen Kinder und manche interne Haushaltss-Tatigkeiten nun mögen den Mann dem Besucher zugänglich gemacht haben, der in Gestalt eines gemütsamen Sonnenberg gehandelt. Dieser schwindelte hier vor vier bis fünf Jahren als Inhaber eines angeblichen Telegraphen-Correspondenz-Bureaus, dessen Depeschen aber in so grober Weise falsche, auf Börsencoups berechnete Nachrichten verbreiteten, daß die Börsenkammer ihre Aufsichtung untersagte. Dieser Geselle, wie er heute Schweizer's Schul- und Leidenschaften ist, ward nun, nach Schließung dieses Privat-Telegraphen-Bureaus, sein böser Engel. Er mache sich zum Mit-Eigenhümer der „Österreichischen Correspondenz“, was bei Schweizer's ewigen Geldverlegenheiten eine Kleinigkeit war. Dann verleitete Sonnenberg ihn, ordens- und titelstiftenden Narren vorzugaukeln, daß er ihnen, wenn sie ihm nur die nötigen Gelder zum „Schmieren“ zur Verfügung stellten, zur Erfüllung ihrer Wünsche mittelst seiner Verbindungen behilflich sein könne. Ebenso beutete Schweizer in ähnlicher Weise auch Mitglieder der kaiserlichen Theater aus, indem er ihnen Erhöhung der Gagen zu vermitteln versprach. Unter Schweizer's Chefredaktion fiel der famose Blunder, daß im April 1860 eines schönen Morgens in der „Wiener Zeitung“ zu lesen war: Minister Bruck, der sich in der Nacht vorher den Hals abgeschnitten, hätte „mit anderen Zeugen und Mitbeschuldigten“ in den Sieferanten-Prozeß vernommen werden sollen, die wegen des italienischen Krieges angestrengt waren. An dem starren Entsezen des Publikums merkten nur die Herren erst, welchen Geniestreich sie begangen, und wollten nunmehr das Ganze als einen „Druckfehler“ wegerklären — die richtige Lesart sei: „und mit Beschuldigten“. Ein zweiter famoser Druckfehler war im Octoberdiplom in Goluchowski's Landesstatuten: Die Landtage hätten in legislatorischer Hinsicht „den Beirath zu üben“, was dann verbessert ward: „mitzuwirken“. Wegen jedes solchen Fehlers bekam Schweizer seine offizielle Nasen mit der stillen Bemerkung, es sei das „nur der Form wegen“ geschehen!

## Fr a n k r e i ch.

○ Paris, 6. Febr. [Die Botschaft des Präsidenten. — Ernennung Cochery's zum Post- und Telegraphen-Minister. — Statistik der Ministerien. — General d'Abzac.

Kopf in ihre heißen Hände und zog ihn zu sich nieder. Dies sah sie mir in die Augen — dann küßte sie mich auf beide und flüsterte: „Reinhard, weißt Du, um was ich den lieben Gott in diesem Augenblick bat? — er möge mir das Glück dieser Stunde erhalten oder mich zu sich nehmen — aber auch Dich und den Vater, alle mit einander, damit keiner übrig bleibe und hier unten traurig wäre! o, wie wird der Vater sich freuen, wenn er heute Abend nach Hause kommt und sieht, wie lieb wir uns haben und wie glücklich sein Settel ist. Der Vater hat schon lange große Stücke auf Dich gehalten, Reinhard!“

Da durchschauerte mich ein Ahnen der heutigen Stunde. Ich dachte an meinen Vater, den reichen, stolzen Aristokraten — niemals würde er die Tochter eines Halloren anerkennen! O, hätte mich dieser Gedanke doch fortgetrieben aus ihren Armen und mir die Kraft gegeben, dies Wort zu sprechen, das doch einmal gesagt werden mußte: „Kind, ich hab' Dich von Herzen lieb . . . und doch müssen wir scheiden — auf immer. Mein Lebensweg liegt fest gezeichnet vor mir. Ich habe ein Studium erwählt, das mich wohl noch zehn Jahre von der Hand meines Vaters abhängig sein läßt. Ich bin ehrgeizig; Mit Hilfe meines einflussreichen Vaters werde ich mit der Zeit eine glänzende Lebensstellung einnehmen. Darauf müßte ich verzichten, wenn ich Dir treu bleibe... Armut, Elend würde unser gemeinsam los sein. Das auf mich zu nehmenden, bin ich nicht stark genug — darum lasst uns nach diesem ersten Kusse scheiden . . . Mir aber fehlte die stützende Energie, mein Glück mit eigenen Händen zu zertrümmern . . . ich vergaß den Handschlag, den ich dem alten Halloren gegeben hatte . . . ich berauschte mich an dem Dufte des Augenblicks und küßte die arme blonde Blume und bat: „Sage dem Vater nichts, lasst uns unser junges Glück vor Aller Augen verborgen!“

Und wir verbargen es nur zu gut . . . Lisa war ahnungslos und glücklich wie ein Kind. Sie vertraute mir in Allem, auch wenn sie es nicht fasste. Das arme böhmisches Hähnchen machte es dem Fuchs gar leicht . . . als er seiner Beute schon eine Feder nach der andern rupfte, glaubte das Hähnchen noch immer, es sei ein unschuldiges Spiel.

Über meinem Glück hing aber beständig eine düstere Wolke — der Gedanke an das Heute, wo Alles aus sein mußte.

(Schluß folgt.)

**Pater Hyacinthe.** — **Die Seine.**] Heute versammelten sich die Kammern wieder in Versailles, um die erste Botschaft des Präsidenten Grévy anzuhören. Man versichert schon, daß dieselbe den Stempel Grévy's habe und daß sie mit der Kürze und Klarheit abgefaßt ist, welche die Reden des ehemaligen Kammerpräsidenten auszeichneten. Das neue Oberhaupt der Republik, heißt es, dankt darin den Vorwörtern für seine Wahl und spricht seine Hoffnung auf eine weitere Unterstützung des Parlaments aus; erklärt, daß die jetzige gesetzgebende Lage und die Befestigung der republikanischen Zustände vorzüglich der Mäßigung und dem politischen Verständnis des Landes zu danken sei; hebt hervor, wie die republikanischen Einrichtungen den Übergang von einer Regierung zur andern ohne jede Störung ermöglichen; constatirt die Nothwendigkeit für die Regierung, sich stets in vollkommenem Einklang mit den Bestrebungen der Nation zu erhalten; fordert das Land auf, sich, von allen politischen Sorgen frei, künftig vertrauensvoll einer fruchtbringenden Arbeit hinzugeben; verheißt, daß die neue Politik des Friedens und der Arbeit binnen Kurzem durch beschwichtigende Maßregeln eingeleitet werden soll, welche geeignet sind, das Vergangene in Vergessenheit zu bringen. — Am nächsten Sonnabend, Nachmittag 2 Uhr, wird Grévy das gesamme diplomatische Corps im Elsée empfangen. Nachträglich hat man noch die Gründung eines neuen Ministeriums für nothwendig befunden. Die bisher unter dem Finanz-Ministerium stehende Post- und Telegraphen-Direktion ist von demselben abgelöst worden; sie bleibt aber unter der Leitung Cocher's, welcher zum Post- und Telegraphen-Minister ernannt ist. Mehrere hohe Staatsbeamte, die sich mit dem neuen Regime nicht befrieden können, haben ihre Entlassung gegeben, so der Bildhauer Guillaume, General-Director der schönen Künste, und Andral, der Vicepräsident des Staatsrats. Die „Debats“ rechnen aus, wie viele Minister Frankreich seit dem Sturz des Kaiserreichs, seit dem 4. September 1870, gehabt hat: 7 Conseilpräsidenten, 21 Minister des Innern, 6 Minister des Auswärtigen, 9 Kriegsminister und 9 Finanzminister, 8 Justizminister und 7 Marineminister, 11 Arbeits- und 11 Handelsminister. Von allen diesen Staatsmännern sind 9 gestorben, 23 gehören weder dem Senat noch der Kammer an. — Die „République Française“ meldet heute, daß ihre politische Direction von Gambetta, der das Präsidium der Kammer übernimmt, an den Senator Scheurer-Kestner übergegangen ist. Gambetta hat sich also nicht nur in die Unmöglichkeit versetzt, an den politischen Discussionen auf der Tribune Theil zu nehmen, sondern er zieht sich auch von den journalistischen Tagesdiscussions zurück. — Der erste Adjutant Mac Mahons, der General d'Abzac, tritt für's Erste nicht wieder, wie man behauptet hat, in den aktiven Heeresdienst ein. Das Reglement berechtigt ihn, sechs Monate in Disponibilität zu bleiben. — Ein Sohn des Herzogs Albert von Broglie, der Prinz von Broglie-Nevel, Lieutenant im 12. Husaren-Regiment, ist aus der Armee ausgeschieden, um bei den Mönchen der Grande Chartreuse einzutreten. Unter diesen Mönchen befindet sich schon ein Onkel von ihm, der russische General Nicolai, welcher im Kaukasuskriege Schamyl gefangen nahm. — Herr Loxson, der frühere Pater Hyacinthe, wird am nächsten Sonntag Nachmittag hier in der Rue Rochechouart in einem ehemaligen Theatersaal eine gallikanische Kirche eröffnen. Großer Erfolg läßt sich ihm nicht prophezeien. — Die Seine ist seit gestern wieder bedeutend gestiegen, so daß der Schiffsverkehr innerhalb der Stadt neuerdings eingestellt worden ist.

## Provinzial - Zeitung.

H. Breslau, 10. Febr. [Neuer Wahlverein.] Die gestern Vormittag 11 Uhr in den großen Saal des Café restaurant einberufene Mitgliederversammlung war von circa 300 Personen besucht. Auf der Tagesordnung stand: Das Verhalten des Neuen Wahlvereins bei der Stichwahl. Der Vorsitzende, Staatsanwalt Prof. Dr. Fuchs, eröffnete die Versammlung mit einem Hinweise auf die Wichtigkeit der Tagesordnung. Es hande sich, fürt derselbe aus, einfach um die Frage, ob seitens des Neuen Wahlvereins Wahlenthaltung beschlossen werden soll oder nicht. Zu letzterem Halle liege es auf der Hand, daß der Verein seine Stimme für Justizrat Freund abgibt, da wohl Niemand der Ansicht sein werde, daß dann noch für uns die Alternative bestehe, Freund oder Kräder. Im Vorstande des Neuen Wahlvereins sei ein Antrag auf Wahlenthaltung mit 6 gegen 5 Stimmen verworfen, im Ausschuß dagegen mit 25 gegen 19 Stimmen angenommen und beschlossen worden, der Generalversammlung folgenden Antrag zu empfehlen:

In Erwagung, daß

- 1) das Anerbieten des Neuen Wahlvereins, einen nationalliberalen Reichstag-Alteordneten im Westkreis Breslaus mit zu wählen, von dem Wahlverein der nationalliberalen Partei abgelehnt worden ist;
- 2) den Neuen Wahlverein in seinem Aufrufe vom 30. Jan. d. J. erläutert hat, die Socialdemokratie bekämpfen zu wollen, ohne die Fortschrittspartei zu stärken;
- 3) die wirtschaftlichen, Staats- und socialpolitischen Grundsätze der Fortschrittspartei dem Programm des Neuen Wahlvereins völlig entgegenstehen,

beschließt die Generalversammlung vom 9. Februar 1879 den Mitgliedern und Anhängern des Neuen Wahlvereins Wahlenthaltung bei der bevorstehenden Stichwahl zu empfehlen.

Staatsanwalt Fuchs erklärt zunächst, das Wort weiter behalten zu wollen, um diesen Antrag des Ausschusses mit aller Entschiedenheit zu befürworten.

Zunächst mache er darauf aufmerksam, daß bei der gegenwärtigen Sachlage jede persönliche Empfindlichkeit weit zurücktreten müsse, und von diesem Standpunkt aus wolle er seine Gründe gegen den Antrag des Ausschusses darlegen und energisch für die Wahl des Herrn Justizrats Freund eintreten.

Gegenüber dem aut-aut, vor dem man stehe, handle es sich nicht mehr um Bekämpfung von Prinzipien, durch die stattgehabte Wahl sei entschieden, daß jedenfalls der Vertreter einer dem Neuen Wahlverein entgegenstehenden Partei in den Reichstag kommen werde. Damit sei für ihn, den Redner, vom Rechtsstandpunkt aus die sachliche Frage abgethan und es handle sich für ihn nur noch um die persönliche Frage: ob Breslau im Reichstage vertreten werden solle durch Justizrat Freund oder Sattler Kräder?

Sei dem so, so frage es sich für den Neuen Wahlverein weiter, welche Folg' es habe die Wahl des Einen oder des Andern für Breslau und im Allgemeinen?

Die Wahl des Herrn Justizrat Freund sei, soweit Redner es übersehen könne, und wie ihm auch anderseits versichert worden sei, nur gesichert, wenn der Neue Wahlverein für dessen Wahl eintrete, im andern Falle werde Kräder gewählt. Komme aber Justizrat Freund ohne die Mitwirkung des Neuen Wahlvereins doch durch, dann seien die Fortschritts- und die nationalliberale Partei auf lange Zeit so fest zusammengefüttet, daß für den Neuen Wahlverein der Boden der Agitation bei den Reichstagswahlen auf immer und ewig absolut unfruchtbare sein werde.

Nun werde gesagt, es sei für den Neuen Wahlverein gleichgültig, ob ein Fortschrittmann oder ein Socialdemokrat mehr in den Reichstag komme. Das könnte gleichgültig sein, die Frage sei eben abgemacht, weil jedenfalls ein Gegner dessen, was der Neue Wahlverein wolle, in den Reichstag komme. Eine Verstärkung der Fortschrittspartei finde durch die Wahl Freund nicht statt, denn sie ist breits im Sommer in gleicher Stärke im Reichstage erschienen, da Freund nur für Bürgers eintritt; der Bevölkerungsstand bleibt unverändert. Dagegen bekomme die Socialdemokratie einen Zuwachs und, da ein Mitglied der Fortschrittspartei abgeht, politisch gerechnet um 2 Stimmen. Errechte aber die socialdemokratische Partei unter dem Druck des Socialistengesetzes einen solchen Sieg, dann gelte die eine Person für 10. Ein Sieg unter solchen Verhältnissen werde ein Jubel nicht blos unter den Socialdemokraten Breslaus, sondern so weit die sozialdemokratische Bunge überall klingen, sein. Es müsse daraus eine förmliche Mobilisierung der sozialdemokratischen Partei hervorgehen, wenn auch nicht

in äußerlichem Sinne, weil die Schwerter des Socialistengesetzes schärfer genug seien, um diese Mobilisierung niederröhren, sondern im innerlichen Sinne, eine wesentliche Verstärkung des Selbstbewußtseins, eine Kräftigung der sozialdemokratischen Partei in ihrem Widerstande gegen die Institutionen des Staates. In jeder Partei ohne Ausnahme gebe es Schwächende, Schwäche und Kleinmütige, die nur von Standhaften und Feststehenden fortgezogen werden. Auch die sozialdemokratische Partei habe deren in reichem Maße und diese müßten durch einen Erfolg bei der bevorstehenden Wahl zu der Überzeugung kommen, nur ihre Partei sei die ausschlaggebende.

Mein sage: „Ja, wo bleibt die Consequenz?“ In politischen Dingen fragt Redner nicht nach der Consequenz, denn die höchste Consequenz werde da oft zur Inconsequenz. Sobald die Consequenzmachelei ein falsches Resultat zur Folge habe, sei sie zu verwerfen. In der Politik dürfe man nur das erstreben, was recht, billig und erreichbar sei. Ein solches Verhalten sei von allen Parteien zu allen Zeiten beobachtet worden. In manchem Wahlkreise sei von Fortschrittmännern selbst Conservativen die Stimme gegeben worden, um einen Socialdemokraten zu bekämpfen.

Es sei zu begreifen, daß eine gewisse Verstimmung eingetreten, aber man müsse gleichzeitig sein gegen die Verunglimpfungen durch die Presse, die der Neue Wahlverein erfahren und die jetzt von Berlin aus befürchtet werden, und gleichzeitig gegen die überhebenden und unüberlegten Ausführungen politisch-jugendlicher Leidenschaftlichkeit. Was von dem Einzelnen gilt, habe auch für eine Partei Geltung: „Sich selbst besiegen ist der schönste Sieg“. Jedenfalls empfiehlt es sich, ohne persönliche Voreingenommenheit und ohne Rücksicht auf persönliche Neigung aus rein sachlichen Gründen nach bestem Wissen und Gewissen die Entscheidung zu treffen, wie es selbstbewußten Männern gebührt. (Bravo.)

In der hierauf eröffneten Discussion über den Antrag des Ausschusses wird derselbe zunächst vom General-Agent Krebs, als Referent des Ausschusses, motiviert.

Wenn der Neue Wahlverein heut in geschlossener Reihe sich in die Gesellschaft der vereinigten liberalen Parteien regeben, dann sei der Boden für ihn für immer verloren. Man werde ihn einfach bei Seite schließen und ausladen, wenn er dafür, daß er jetzt mit den liberalen Parteien stimme, im October d. J. neben einem Fortschritts- und einem nationalliberalen Kandidaten einen Sitzen für sich bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus verlangen sollte.

Als vor 6 Monaten der leider zu früh verstorbene Director Dr. Bruch statistisch nachgewiesen, daß die durch den Neuen Wahlverein herbeigerufenen Bewegung eine berechtigte und im Zunehmen begriffen sei, habe man gefragt: ob das statistische Bureau bezahlt werde, um Propaganda für den Neuen Wahlverein zu machen? Wolle man sich jetzt auf denselben Standpunkt stellen, so erscheine die Frage gerechtfertigt, ob es sich für einen bejolddeten Stadtrath gezieme, eine so verlebende Sprache gegen eine große Zahl steuerzahlernder Bürger zu führen, wie geschehen. (Beifall.)

Der Tod habe der Fortschrittspartei einen Sitzen im Reichstage entrißt, es sei nicht Sache des Neuen Wahlvereins, für einen Grafenmann zu sorgen, das möge man den Parteigenossen des Verstorbenen selbst überlassen. Heile es die Socialdemokratie bekämpfen, wenn man eine Partei stärke, welche sage, das Socialistengesetz werde und müsse aufgehoben, darsein und nimmermehr verschärft werden?

Das Programm des Neuen Wahlvereins enthalte auch eine Reform der wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch dieser Punkt werde von der Fortschrittspartei belächelt, sie werde und müsse sich gegenüber dem Steuerprogramm des Reichskanzlers ablehnend verhalten, durch sie seien also andere wirtschaftliche Verhältnisse nicht zu erwarten, wenigstens nicht auf dem Wege, den der Neue Wahlverein für den richtigen erkannt habe. Die Fortschrittspartei werde sich stets einer Novelle zur Gewerbeordnung, wie sie dem Neuen Wahlverein vorschreibe, widersetzen. Von ihr sei eine Correctur der Gegebung bezüglich der Freizügigkeit, der Wucherfreiheit, der Wechselfähigkeit nicht zu erwarten.

Setzt es logisch, einen Mann mit zu wählen, von dem das direkte Gegentheil von alle dem zu erwarten sei, was man selbst erstrebe?

Man habe gefragt, was denn der Neue Wahlverein eigentlich wolle. Man habe gesagt, es sei doch höchst wünschenswert, wenn sich der Neue Wahlverein darüber äußere, warum Justizrat Leonhard eine Candidatur nicht habe annehmen wollen. Auf die erste Frage habe der Neue Wahlverein in seinen Versammlungen nur dadurch geantwortet, daß darauf hingedeutet worden sei, sein Kandidat werde eventuell seinen Platz zwischen Dr. Treitschke und Bethu-Huc einzunehmen haben.

Was Herr Justizrat Leonhard anlange, so sei zu erklären, daß demselben eine Candidatur seitens des Neuen Wahlvereins überhaupt nicht angefragt worden sei, er also gar nicht in der Lage war, anzunehmen oder abzulehnen. Es sei eine vertrauliche Anfrage an ihn ergangen, ausgebend von der Annahme, daß der programmatische Teil des Statuts des Neuen Wahlvereins ihm nicht widerstrebe und er seinen Platz auf dem rechten Flügel der nationalliberalen Partei nehmen werde. Justizrat Leonhard habe dies verneint mit dem Hinzufügen, daß man von seiner Auffassung Abstand nehmen möge. Diese vertrauliche Anfrage sei bald nach dem Tode Bürgers erfolgt, nachdem einige Mitglieder des Vorstandes sich darüber schlüssig gemacht, ob es nicht angehten sei, gemeinsam mit den Nationalliberalen in den Wahlkampf einzutreten.

Das Vorgehen der Partei des Neuen Wahlvereins im Juli v. J. und jetzt sei bedingt durch die Erwägung, daß der Parteiterritorialismus der letzten Jahre in Breslau gebrochen werden müsse. Wolle man jetzt den Kandidaten der Fortschritts-Partei mit, so sei deren Herrschaft auf Jahre hinaus gesichert.

Der Neue Wahlverein habe sich in die Mitte stellen wollen, und die Fortschrittspartei hätte auch nur einen Schritt ihrer dürfen und man würde sich zusammen gefunden haben. Hätte die letztere diesen Schritt gethan, so wäre heut von Kräder keine Rede, der nationalliberale Kandidat hätte glänzend gezeigt. Sie habe es abgelehnt, und werde Kräder jetzt gewählt, so treffe ein Vorwurf nicht die Partei des Neuen Wahlvereins, sondern die Fortschrittspartei.

Wenn man behauptet, sobald der Neue Wahlverein sich der Abstimmung enthalte, werde Kräder gewählt, so lasse sich diese Behauptung wohl nicht so bestimmt aussstellen. Werde er aber gewählt, so habe der Neue Wahlverein allerdings keine Veranlassung sich zu freuen, aber er könne dann sagen: „Nicht wir haben es gewollt; ihr kommt es hindern, ihr habt es nicht gewollt, euer ist die Schuld!“ Werde Justizrat Freund gewählt, so will Redner die vereinigten liberalen Parteien nicht beneiden, es werde ein Pyrrhusieg sein, ein Sieg, bei welchem man seinen letzten Mann eingesetzt. Man werde zu der Überzeugung gelangt sein, daß man nicht mehr einfach defektieren könne, sondern sich verständigen müsse.

Stadtrath a. D. Dr. jur. Heimann meint, es wäre vielleicht consequent, einen zweiten Socialdemokraten nach Berlin zu schicken und eine praktische Illustration zu den Wandlungen, die unsere erlebte Stadt Breslau seit dem ewig denkwürdigen Aufrufe bis zum heutigen Tage durchgemacht hat. Es würde sich vielleicht das laisser aller empfehlen selbst auf die Gefahr hin, von Neuem den Zorn des jugendlichen Heischnorns auf sich zu lenken. Die Erklärung, daß man sich mit Mitgliedern des Neuen Wahlvereins nicht zu gemeinsamer Arbeit an einen Tisch setzen wolle, sei zudringlich, denn es sei Niemand dazu aufgefordert werden. Aber eine eminent patriotische Empfindung dränge ihn dahin, vorzuschlagen, sich der Wahl nicht zu enthalten. Man müsse von zwei Lebeln das kleinere wählen. Vielleicht werde Justizrat Freund, wenn er mit Hilfe des Neuen Wahlvereins gewählt werde, so edel sein, der Stimmung des leichteren Rechnung zu tragen, daß er möglicherweise in dem ungünstigen Jahrtausender der Fortschrittspartei nicht weiter schwimmen und sich dem Parteiterritorialismus nicht fügen werde. (Rufe: Oho!)

Oberlehrer Dr. Schmidt plädiert für Wahlenthaltung. Nicht im Interesse und nicht in persönlicher Gerechtigkeit darf man sich zu einem Beschlusse hinreissen lassen. Zu erwarten habe man freilich, daß man dem Neuen Wahlverein eine eventuelle Wahl Kräders in die Schuhe schieben werde. Diese Unannehmlichkeit werde man gebildig ertragen müssen. Die Bedenken aber, welche der Vorstehende gegen die Wahlenthaltung geltend gemacht habe, könne nur der vorführen, der von vorhernein sich entschlossen habe, für den einen oder den andern Kandidaten zu stimmen. Wenn der Neue Wahlverein sich an der Stichwahl beteilige, so verläßt er vollkommen sein Programm. Die Praxis, bei einer Stichwahl auch gegen die politische Überzeugung zu stimmen, werde ja geübt, aber es scheine doch die Überlegung wert zu sein, ob die localen Verhältnisse eine solche Praxis gestatteten. Der Neue Wahlverein sei gegründet, darzuthun, daß die Fortschrittspartei zu Unrecht die Herrschaft in Breslau habe. Wenn durch den Compromiß die Einbildung der Fortschrittspartei, die herrschende Partei zu sein, gewachsen sei, so dürfe der Neue Wahlverein diese Einbildung nicht noch verstärken. Redner wünscht nicht gerade, daß Kräder gewählt werde, glaubt aber, daß, wenn Justizrat Freund gewählt werde, die Bekämpfung der Socialdemokratie sich nicht um ein Haar anders gestalten werde. Zum Beweise dafür, daß die Fortschrittspartei nach wie vor gegen das Socialistengesetz sei, citirt Redner einige Äußerungen des Abg. L. Löwe, die derselbe in Berliner Versammlungen gehabt. Wenn der Neue Wahl-

verein nicht mit wähle und es werde Freund gewählt, dann habe der Neue Wahlverein kein Opfer seiner Überzeugung gebracht. Werde der Sozialdemokrat gewählt, dann müsse man die Anfeindungen ruhig hinnehmen in dem Bewußtsein, der Verein habe dadurch, daß er gegen den fortgeschrittenen Kandidaten stimme, gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen gesagt.

Staatsanwalt Warmbrunn: Aus den Reden, wie aus dem Beifall leichte eine tiefe Erregung der Gemüter hervor, die namentlich dadurch hervorgerufen worden, daß gerade am letzten Tage, nachdem die Redner überall sachlich geblieben, man wieder jenen großen Redner auf dem Neuen Wahlverein losgelassen habe, der fortwährend über dessen Phrasenhaftheit klage, der aber in seinen Reden auch bei Anwendung der schärfsten Lupe keinen Körnchen Sachlichkeit habe erkennen lassen, jenen großen Redner, der sich mit einem gewissen Applomb einen homo novus genannt, der aber in Bezug auf Mangel an politischer Höflichkeit durchaus nicht homo novus sei, sondern selbst einen Eugenius Richter in Schatten stelle und von welchem Redner wissen möchte, was er als homo vetustus leisten würde (großer Beifall). In dieser Beziehung mit Richter verglichen, sei jener große Redner der Vollmond, während Richter nur ein winziges Sternlein sei (Großer Beifall). Trotz dieser wohlgebrüdeten Erregung möge man nicht die Personen, sondern lediglich die sachlichen Momente in Erwägung ziehen. Einer Aeußerung eines Vorredners gegenüber hält es Redner nicht für inconsequenter, bei der jetzigen Sachlage sich für den Gegner zu entscheiden und den Feind absallen zu lassen. Der Verein habe es nicht in seiner Hand, daß über seinem event. Besluß der Wahlenthaltung bindeglock doch der Fortschrittmann gewählt werde. Dann aber wären die Bestrebungen des Vereins auf 15 Jahre hinaus lahm gelegt. (Beifall, Widerspruch.) Der Verein dürfe durch Wahlenthaltung seine Existenz nicht gefährden. Wer Selbstverleugnung übe, der sei des moralischen Sieges sicher.

Graf von der Recke-Wolmerstein ist für Wahlenthaltung. Er glaubt nicht, daß es ein Unseggen für den Verein sein werde, wenn ein Sozialdemokrat gewählt würde, was übrigens nicht wahrscheinlich sei. Gleichwohl es aber, dann würde eine ganze Zahl Wahlberechtigter dadurch aus dem Schlag erwachen, den sie viele Jahre geschlagen. Wenn auch das Erwachen etwas jäh sei, desto besser. Werde der Fortschrittmann gewählt, dann sehe er nicht ein, welche Veranlassung der Verein habe, die Wahl desselben Glänzender zu machen. Ob ein Fortschrittmann mehr in den Reichstag komme, oder ein Sozialdemokrat mit 10 oder 12 Collegen als ein Feind der Regierung im Reichstage sitze, sei vollständig gleichgültig.

Kaufmann Stenzel ist gegen Wahlenthaltung. Redner deducirt, daß, wenn Freund gewählt werde, trotz seiner das Socialistengesetz, zur Bezahlung gestellt, prolongirt werden würde. Wenn seinerseits verhörgen werde, daß der Fortschrittmann gegen eine Reform der wirtschaftlichen Gefege sei, so frage er (Redner), ob etwa der Sozialdemokrat dafür eintreten werde? Möge man auch Wahlenthaltung beschließen, so würden doch viele Vereinsmitglieder für Freund stimmen, was Redner auch für seine Person in Aussicht stellt. Ihm (Redner) sei es nicht zweifelhaft, wenn es sich um die Wahl des hochgeachteten Justizrats Freund und des Sattlers Kräder hande, wem er seine Stimme geben solle. Kame Freund ohne die Hilfe des Neuen Wahlvereins durch, so würde dies einer Auflösung des Vereins gleichkommen. (Widerspruch.)

Ober-Postdirektor Schiffmann spricht für Wahlenthaltung. Als wirkt Redner aus, im vorigen Sommer in ähnlicher Lage waren, habe ich den Mitgliedern dringend empfohlen, Überwindung zu üben und den Fortschrittmann im Westen wählen zu helfen. Damals hat der Fortschrittmann mit unserer Hilfe den Sieg errungen. Was hat uns dieser Sieg genutzt? Der Fortschrittmann hat gegen das Socialistengesetz gestimmt, während wir hätten erwarten können, daß die Fortschrittspartei nicht in so schroffer Weise, wie geschehen, der Regierung gegenüber treten werde. Nun aber die Überzeugung erlangt, daß wir von der Fortschrittspartei in dieser Beziehung nichts zu erwarten haben, würden wir einen politischen Fehler beziehen, wenn wir uns wieder an die Hochsöhne der Fortschrittspartei hängen und ihr abermals zum Siege verhelfen. (Beifall.) Die Fortschrittspartei verneint nur, während wir auf unsere Fahne die Verbesserung derjenigen schlechten Gesetze geschrieben haben, die wir mit Hilfe der Fortschrittspartei erhalten. Wir wollen die Sozialdemokratie nicht nur bekämpfen, sondern ihr durch Verbesserung der Gesetzgebung den Boden entziehen, indem wir den Grund zur Unzufriedenheit beseitigen. Wir wollen die Sozialdemokratie nicht austreiben, sondern sie befreien und vernünftig machen. (Lebhafter Beifall.) Die Ansicht, daß die Regierung durch die Wahl eines Sozialdemokraten eine moralische Niederlage erleide,theilt Redner nicht, vielmehr wird die Regierung zu der Einsicht kommen müssen, daß noch mehr zu geschehen habe. Es kann so nicht weiter gehen, es wird eine Änderung der Wahlgesetzgebung eintreten müssen. (Beifall.) Die Fortschrittspartei liebäugelt ja mit der Revolution und glorifiziert sie (???) indem sie von guten und schlechten Revolutionären spricht und den guten eine gewisse Anerkennung zollt. Und einen Fortschrittmann sollen wir wählen? Wir würden uns in Widerspruch mit unserem Programm bringen, wenn wir nur die Hand dazu reichten, der Fortschrittspartei zum Siege zu verhelfen. (Lebhafter Beifall und Rufe: Schluss.)

Nachdem Stadtrath a. D. Dr. jur. Heimann gegen und Graf von der Recke-Wolmerstein für Schluss gesprochen hatte, wurde der Schluss mit großer Majorität angenommen. In seinem Schlusswort bezeichnet der Referent, Generalagent Krebs, als das einzige Argument, was gegen den Majoritätsbesluß geltend gemacht werden könnte, die Ansichtung, daß das Selbstbewußtsein der Sozialdemokratie durch einen Sieg gestärkt und unentrücklich werden könne. Wolle man das nicht, so dürfe man die Wahl Freund's nicht nur empfehlen, sondern man müsse auch in eine Wahl-agitation eintreten. Er (Redner) wolle, wenn Wahlbeteiligung beschlossen würde, ein diesbezügliches Amendement stellen. Wir — fährt Redner fort — die wir gegen die Wahlbeteiligung sind, werden einen gegenständigen Besluß respectiren aus Parteiehre und im Parteinteresse. Red



Gardinen-Ausverkauf  
der Germania-Gardinenfabrik.  
Die berühmten Kaiser-Gardinen,  
Fach gefertigte Mülle-Tüll, sowie  
ca. 200 Reister zu 1—6 Zenit, l. Elle  
v. 20 Pf. an Junfernstr. 25, nahe  
d. Altüberstr. Nur bis Mittwoch.

**Stammfassen!**  
auch m. Photographie. Glasgravirung.  
Bunte Decel. Angiehen alter Deckel.

**Porzellanmalerei.**

**Thürshilder** von Porzellan.  
Glas und Blech.

**Billig:** und Biersachen,  
Schauenservate.

**Carl Stahn,** Klosterstraße 1,  
Magazin für Restaurations-Artikel.

**Günstigste Gelegenheit**  
zum Einkauf von [2188]

**Möbeln, Spiegeln**  
und Polsterwaaren,  
besonders für hochfeine Ausstattungen,

bietet die Handlung von **D. Silberstein**, zur Neue Taschenstraße 14, früher Oberländer Fabrik.

**Meubel** in größerer Auswahl bei  
billigsten Preisen Tauen-  
zienstraße 53. [1599]

**Suppen!**

Jederzeit eine oder viele Portionen  
guter, nahrhafter, warmer Suppe nur  
durch Aufschlagen von Suppentafeln mit  
Wasser binnan 10 Minuten bereiten  
zu können, das ist der große Vorzug  
der im In- und Ausland rühmlich  
bekannten Condensirten Suppen von  
Adolf Scheller in Hildburghausen.  
Es empfehlen die selben in Tafeln  
à 25 Pfennige zu 6 Teller voll Suppe  
und in flüssiger Sorten: die Haupt-  
Depots in Breslau C. J. Bourgarde,  
Schuhbrücke, in Liegnitz Erich Schneider.  
Ferner zu haben in den meisten  
Colonialwaaren, Delicatessen- und  
Droguerie-Geschäften. [246]

**Importen,**  
direkter Bezug aus Havanna, in  
vorzüglicher Qualität zu solidem Preise  
offerirt. [2190]

**Gust. Ad. Schlech,**  
Schweidnitzerstr. 28  
und Neue Taschenstraße Nr. 15.

**Kaffee! Kaffee!**  
gebr. d. Pf. 8, 10, 12, 13, 14 Sgr., roh,  
d. Pf. 7%, 8, 9, 10 Sgr., ff. Berlin-  
Mocca, roh, 11 u. 12, gebr., 15 u. 16 Sgr.,  
Getr.-Kaffee, d. Pf. 20 Pf., 5 Pf. 80 Pf.,  
bester weißer Kaffee, d. Pf. 37 Pf.,  
bester harter Zucker im Brod 40 Pf.,  
bester Schweinefett, das Pf. 50 Pf.,  
Vodkoh, das Pf. 15—30 Pf. [1110]  
C. G. Müller, Grüne Baumbrücke 2.

**Ein Posten Garobe**  
Johannis-Brodt billig zu ver-  
kaufen. 7 im Siedlungsgeschäft.

Breslauer Börse vom 10. Februar 1879.

**Inländische Fonds.**

	Amtlicher Cours.
Reichs-Anleihe 4	95,80 B
Prss. cons. Anl. 4%	105,25 B
do. cons. Anl. 4	95,90 B
do. Anleihe.. 4	—
St.-Schuldsch. 3%	91,60 B
Prss. Prim.-Anl. 3%	—
Bresl. Stdt.-Obl. 4%	102,10 B
do. do. 4%	87,45 bz
Schl. Pfdr. altl. 3%	—
do. Lit. A.... 3%	—
do. alt.... 4	98,00 B
do. Lit. A.... 4	96,40 bz
do. do.... 4%	102,35 bz
do. (Rustical) 4	—
do. do.... 4	II. 96,00 bz
do. do.... 4%	I. —
do. Posener 4	97,65 bz
Schl. Pr.-Hilfsk. 4	96 bzG
do. Posener 4	94,50 G
do. do.... 4%	102,15 G
Schl. Bod.-Crd. 4%	96,05 bzG
do. do.... 5	100,00 bzG
Goth.Pr.-Pfdbr. 5	—
Sächs. Rente 3	—

**Ausländische Fonds.**

Orient-Anl.Em.I 5	56,00 bz
do. do.II. 5	56,00 à 5,75 bz
Italien. Rente.. 5	—
Oest. Pap.-Rent. 4%	53,50 G
do. Silb.-Rent. 4%	54,65 bzB
do. Goldrente 4	64,65 à 50 bz
do. Loose 1860 5	109,00 bzG
do. do.... 1864	—
Ung. Goldrente 6	71,60 G
Poln. Liqu.-Pfd. 4	54,50 G
de. Pfandbr. 4	—
do. do.... 5	61,25 bz
Russ. Bod.-Crd. 5	—
Russ. 1877 Anl. 5	83,75 G

**Inländische Eisenbahn-Stammactien**

und Stamm-Prioritätsactien.

	Amtlicher Cours.
Br.-Schw.-Fr. 4	63,50 à 25 bzG
Obschl. ACDE. 3%	120,60 bzG
do. B.... 3%	—
R.-O.-U.-Eisenb. 4	108,25 bz
do. St.-Prior. 5	112,25 G
Br.-Warsch. do. 5	—

**Inländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.**

	Freiburger 14	92,60 G G 97,50 B
do. .... 4%	99,00 G	
do. Lit. H. 4%	96,00 G	
do. Lit. J. 4%	96,00 G	
do. Lit. K. 4%	96,00 G	
do. .... 5	—	
Oberschl. Lit. E 3%	87,15 bz	
do. Lit. C. u. D. 4	94,15 G	
do. 1873 ... 4	92,85 bzG	
do. 1874 ... 4%	100,75 B	
do. Lit. F. 4%	101,30 B	
do. Lit. G. 4%	100,60 bz	
do. Lit. H. 4%	101,70 bz	
do. 1869 ... 5	102,00 G	
do. Neisse-Erg. 4%	— Ndr. Zwg. —	
do. Wilh.-B. 5	103,75 bz	
R.-Oder-Ufer. 4%	100,80 G	

**Wechsel-Course vom 10. Febr.**

Amsterd. 100 fl. 3% kS. 169,35 bz

do. do. 3% 2M. 168,10 G

Belg. Pl. 100 Frs. 3 kS. —

do. do. 3 2M. —

London 1 L.Str. 3 kS. 20,45 G

do. do. 3 M. 20,32 G

Paris 100 Frs. 3 kS. 81,00 B

do. do. 3 2M. —

Warsch. 100 S.R. 6 ST. 193,80 G

Wien 100 Fl... 4% kS. 173,25 G

do. do. 4% 2M. 172,20 bz

Fremde Valuten.

Ducaten ..... —

20 Frs.-Stücke ..... —

Oest. W. 100 fl. 173,25 bz ult. 173,50 G

Russ. Bankbill. 14,50 bz

100 S.-R. 194,25 bz ult. 195,00 à

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein. Dr. von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Reinschmiedende Java-Koffer,  
das Pf. 1 M. 10 Pf. gebraunt das Pf. 1 M. 30 Pf.

Oswald Blumensaat,  
Poststr. 12, Ecke Weißgerbergasse

Austeren,  
Hummer,  
Tarbot, Seezungen,  
Lachs, Zander, Hecht,  
Zwicken,

Karpfen, Aale, Schleien,  
Blumen- und Rosenkohl,

Endivien- und Kopfsalat

empfiehlt [1677]

E. Huhndorf,  
Schmiedebrücke 21.

100 Schessel Saateicheln  
verkauft [435]

Nebervorsteher Kuhnke  
zu Ursulanovis pr. Kujau D.-S.

2 elegante Garliers,  
Fuchs und brauner Wallach, 5 Fuß  
8 Zoll hoch, 6 und 8 Jahre alt, sind  
von dem Dominium Siedmiergorod  
per Post (Posen) preiswürdig zu ver-  
kaufen.

Mehrere sprungfähige  
Bullen

Oldenburger u. Holländer Kreuzung  
verkauft

Dominium Grambschütz  
bei Namslau. [2415]

Stellen - Anerbieten  
und Gesuche.

Insertionspreis 15 Pf. die Zeile.

Ein geprüfter Schäfer, guter Vor-  
beter und p. D., der auch Religions-  
unterricht erhalten kann, sucht, ge-  
stutzt auf gute Zeugnisse, sofort oder  
zum 1. April d. J. ein anderweitiges  
Engagement. [529]

Öfferten erbeten Litt. A. J. E.  
Weltau postlagernd.

Eine deutsche Familie in Polen, in  
unmittelbarer Nähe von Kattowitza,  
sucht einen seminaristisch gebilde-  
ten, gut musikalischen Lehrer für drei  
Kinder bei freier Station zu enga-  
gieren. Öfferten mit Gehaltsansprüchen  
unter J. H. 42 postlagernd Gleiwitz  
erbeten. [525]

Gepr. Erzieherinnen,  
in Sprachen und Musik tüchtig, mit  
empfehlenswerten Zeugen über mehr-  
jährige Tätigkeit, suchen Eng. zum  
1. April durch Frau. Döring, gev.  
Lehrerin, Klosterstr. 1c. [2417]

Eine junge Dame aus guter  
Familie wird per 1. April Stell.  
beendet hat, sucht bei bescheidenen  
Ansprüchen sofort oder per 1. April c.  
Öfferten unter H. R. 31 an die Exped.  
der Bresl. Btg. erbettet. [502]

Ein junges Mädchen mit guter  
Figur, welches schon mehrere Jahre  
in einem Geschäft als Verkäuferin  
fungiert, sucht per 1. April anderwei-  
tiges Engagement. Gepl. Öffert. erb.  
unter M. R. sub M. R. [1664]

Ein gewandter  
Verkäufer,

der schon einige Zeit als solcher im  
Modewaren- u. Leinwand-Geschäft ge-  
wesen, findet per April Engagement,  
Personl. Meld. erforderlich. [1670]

M. Contawer, Schmiedebrücke.

Für mein Tuch- und Modewaren-  
Geschäft suche ich einen [513]

einigen Gehilfen

(Christ). Poln. Sprache ist erwünscht.  
Meldungen u. Adr. S. Netz, Thorn.

Kattowitz. Adolph Bloch.

Für mein Tuch- und Herren-Garde-  
robren-Geschäft suche ich zum 1. April

ein Gehilfen

(Christ). Poln. Sprache ist erwünscht.  
Meldungen u. Adr. S. Netz, Thorn.

Carl Mallon.

Für mein Schnittwaaren-Geschäft  
suche ich vom 1. April c. an einen  
Commis und ein Mädchen als Ver-  
käuferin. Beide müssen der polnischen  
Sprache mächtig sein. [535]

Oppeln, im Februar 1879.

Samuel Cohn.

Ein Commis (Specerist) s. weit.